

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljahr 4,50 Mk., monatlich 1,50 Mk.
 frei ins Haus, voraussetzend Einzelne
 Nummern 10 Pf. Postbezugs: Monatlich
 1,50 Mk. unter Ausschluss für
 Deutschland und Ostpreußen, Ungarn
 2.- Mk., für das übrige Ausland
 4,50 Mk. monatlich. Versand ins Feld
 bei direkter Bestellung monatlich 1,50 Mk.
 Postbestellungen nehmen an: Dänemark,
 Holland, Kurland, Schweden
 und die Schweiz. Eingetragenes in die
 Postanstalt-Verzeichnisse.
 Erscheint täglich.

Telegraphisch: Krefee
 „Sozialdemokrat Vorwärts“.

Der Anzeigenpreis
 Bezahlung die Redaktion. Anzeigen-
 stelle 60 Pf. „Kleine Anzeigen“,
 das festgesetzte Wort 10 Pf. (ein-
 wöchentlich 25 Pf. (einmalige Worte),
 wöchentlich 10 Pf. (einmalige Worte),
 und Bezahlungsmengen: das erste
 Wort 10 Pf., jedes weitere Wort die
 Hälfte. Bei 10 Wörtern abwärts für
 zwei Worte. Kreuzungsbuchung 20 Pf.
 Anzeigen + Anzeigen 20 Pf.,
 wöchentlich 2. monatliche Bezahlung
 40 Pf. die Hälfte. Anzeigen
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags im Geschäft,
 Berlin SW. 19, Lindenstraße 6, ein-
 gegeben werden. Bezahlung bis 8 Uhr
 früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Sonnabend, den 12. Januar 1918.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Beginn der Wahlrechtsberatung im Ausschuss

Der Wahlrechtskommission des preussischen Abgeordneten-
 hauses, die gestern ihre Beratung begonnen hat, steht die Masse
 des preussischen Volkes mit großer Aufmerksamkeit gegenüber.
 Man betrachtet diesen gesetzten Ausschuss des Drei-
 klassenwahlrechts ohne weiteres als eine Verwicklungs- und
 Verfallstrickungscommission, die nach der Parole arbeitet:
 „So wenig wie möglich, das wenigste so spät wie möglich, und
 am liebsten überhaupt nicht.“ Die Beratung des ersten
 Tages war nicht geeignet, diese schlechte Meinung, die man
 vom preussischen Wahlrechtsausschuss hat, zu verbessern, sie
 hat vielmehr nur dazu beigetragen, sie zu befestigen.
 Nach dem üblichen Bericht unternahmen die Konföderativen
 sofort einen Vorstoß, dessen Zweck war, die Beratung zu ver-
 zögern und sich dagegen zu sichern, daß etwaige Verbesserungen
 der preussischen Verfassung ohne gleichzeitige Verändere-
 rungen durchgeführt werden. Sie beantragten die Verbind-
 ung der vorliegenden drei Entwürfe durch ein Mantelgesetz.
 Unter einem Mantelgesetz versteht man ein Gesetz, das ver-
 schiedene Gesetze zu einem einzigen zusammenfaßt, so daß
 keines von ihnen ohne die anderen in Wirksamkeit treten
 kann. Das heißt also, die Wahlreform, gleichgültig, wie sie
 ausfalle, soll nicht Gesetz werden, ohne daß die Rechte des
 Abgeordnetenhauses gegenüber dem zu reformierenden
 Herrenhaus eingeeignet werden.

Diese Verbindung der Gesetzesentwürfe miteinander hat
 für die Konföderativen den weiteren Vorzug, daß sie Gelegen-
 heit gibt, soviel Zeit zu vertrödeln, wie nur irgend beliebt.
 Denn zur Reform einer so phantastischen Schöpfung, wie das
 Herrenhaus nun einmal eine ist, lassen sich natürlich beliebig
 viel Vorwände machen. Inwiefern das Könighaus, der
 Groß- und Kleingrundbesitz, der Handel, die Industrie, die
 Städte, die Universitäten, die verschiedenen Vorkommnisse
 für die Umgestaltung der ersten Kammer mitzubedenken
 sind, darüber läßt sich bei einigen guten Willen
 jahrelang debattieren. Solange aber dies alles nicht ent-
 schieden ist, soll die Wahlreform nicht Gesetz
 werden können.

Wer nun erwartet, daß sich die Regierung diesem Spiel,
 das sie doch durchzuführen muß, entschieden widersetzen werde,
 der wird sich schwer enttäuscht fühlen. Statt des starren
 Systems, das hier durchaus am Platze wäre, verlegte sich der
 Staatspräsident des Staatsministeriums, Dr. Friedberg,
 auf das elastische System. Er kam den Konföderativen mit
 dem sehr weiten Zugeständnis entgegen, man könne ja, ohne
 ein eigentliches Mantelgesetz zu beschließen, die Bestimmung
 treffen, daß kein Gesetz ohne das andere in Kraft
 treten könne. Damit hat sich die Regierung, wie wir
 fürchten, in der gefährlichsten Weise gebunden: sie hat sich
 selbst der Möglichkeit beraubt, das Kernstück ihrer Vorlagen,
 die Wahlreform, aus allem Beiwert herauszulösen und seine
 Gesetzgebung mit allen Kräften zu betreiben. Die Wahl-
 reform muß ihren Weg weiterrollen mit dem Mühlstein der
 Herrenhausreform um den Hals.

Daß es die Redner der Rechten mit der Beratung der
 Vorlagen durchaus nicht eilig haben, zeigte auch schon die
 Abschwägungen, die sie sich gleich am ersten Tage gehalten.
 So unterhält man sich in aller Gemächlichkeit über das Ge-
 meindewahlrecht, obwohl dieses — leider! — noch gar
 nicht auf der Tagesordnung steht, und zum Schluß schien man
 sich für nichts anderes mehr zu interessieren, als für die an-
 gekündigte Mitgliederversammlung des „Bundes der
 Kriegsschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer“, die
 man dem Oberkommando schließlich als öffentliche Ver-
 sammlung und somit als verbotswürdig demütigte.

Wir sehen in diesem Zusammenhang von der sittlichen
 Bedeutung einer solchen Denunziation ganz ab. Auf's schärfste
 protestiert werden muß aber gegen den Skandal, daß in der
 Wahlrechtskommission, bloß um Zeit totzuschlagen, über Dinge
 geschwätzt wird, die diese Kommission nicht das allermindeste
 angehen. Hätte sich die Kommission mit der bevorstehenden
 Kriegsschädigtenversammlung in dem Sinne befaßt, daß
 sie sich nach Gehör für das Wahlrecht der Kriegsteil-
 nehmer interessiert hätte, so wäre nicht das mindeste dagegen
 einzuwenden. Gerade diese Frage ist ja von hoher Wichtig-
 keit, und die Linke wird schon dafür sorgen, daß die Kom-
 mission um sie nicht herumkommt. Mit der Frage aber, ob
 irgendein Bund öffentliche oder Mitgliederversammlungen ab-
 hält, und ob das Oberkommando diese Versammlungen ge-
 statte oder verbiete, hat die Wahlrechtskommission nicht
 das allergeringste zu tun, und die breite Debatte, die man
 darüber führte, war großer Unfug und weiter nichts.

Die Wahlrechtskommission ist dazu eingeseht, zu ar-
 beiten und nicht dazu, sich über den Inhalt der letzten
 Morgensblätter zu unterhalten. Würde nach der Methode des
 gestrigen Tages fortgefahren werden, so würden die Sitzungen
 jedes Tages neuen „Beratungsstoff“ bieten. Man wird sich
 mit allen Dingen der Welt und noch einigen anderen be-
 schäftigen und das Volk, das auf sein Recht wartet, zum
 Narren halten.

Die Verhandlungen von Brest-Litowsk.

Polen und Ukrainer.

Den Verhandlungen, die in Brest-Litowsk am 10. Ja-
 nuar geführt worden sind (die Leser finden den ausführlichen
 Bericht auf der dritten Seite), gibt ein Urstand besondere
 Bedeutung, das ist die Anerkennung der Ukraine
 als selbständige Verhandlungsmacht. Man
 muß sich an die Vorstellung gewöhnen, daß von jetzt ab die
 Vertreter der vier Mächte nicht gegen die Vertreter einer
 Macht, sondern gegen die Vertreter von zwei Mächten stehen
 werden, und das Ergebnis der Verhandlungen kann dadurch
 sehr wesentlich beeinflusst werden. Die Ukrainer sind nicht
 nur zum Zweck nach Brest-Litowsk gegangen und nicht nur
 zu dem Zweck, der Welt ihr Dasein als besonderes Volk zu
 demonstrieren, sondern sie verfolgen dabei — im Gegensatz
 zu den bolschewistischen Russen — nationale Ziele und wollen
 tatkräftig ihre nationalen Interessen vertreten, wodurch die
 Lösung des Polenproblems eine starke Veränderung er-
 fahren könnte. Ein helles Licht auf ihre Absichten wirft ein
 Privattelegramm, das uns aus Lemberg zugeht und folgen-
 des besagt:

Eine aus Kiew zurückgekehrte Persönlichkeit, die zur Rada
 Beziehungen hat, teilt mit: Die ukrainischen Friedensunterhändler
 haben die Stellung erklart, der Errichtung eines unabhän-
 gigen Polens, innerhalb des ethnographischen Ge-
 bietes zuzustimmen. Das von den Zentralmächten
 befehrl ukrainische Gbilm, Vidlasze und Wolyn
 fällt an die Ukrainer. Sollte Galizien aus dem Her-
 reichlichen Staatsverbande ausgeschieden werden, so dürfen nur die
 Großherzogtümer Anstowis und Batar an Polen fallen, das
 Königreich Galizien und Lohomercien müßte
 dann der Ukraine einverleibt werden.

Man versteht jetzt besser denn zuvor, warum der pol-
 nische Regenschafterrat auf seine selbständige Beteil-
 gung an den Friedensverhandlungen, zu denen seine Ver-
 treter nur als Gutachter im besonderen Fall zugezogen werden
 sollen, so entscheidendes Gewicht legt. Es geht um die
 Grenzen des neuen Königreichs ohne König und ohne
 Grenzen, und man sieht, wie sich die ukrainische Hand schon
 recht breit auf ein Gebiet legt, das nach polnischer Hoffnung
 natürlich nicht anders als polnisch werden kann.

Wie im Süden die Ukrainer, so sind es im Norden die
 Litauer, die mit den Polen um die ethnographischen Grenzen im
 Streit liegen, wie dort um Galizien, so geht es hier um Wilna.
 Es läßt sich ohne weiteres voraussehen, daß auch das beste Selbst-
 bestimmungsrecht der Völker nicht insulande sein wird, die
 nationalen Ansprüche, die sich hier in engem Raum reiben und
 stoßen, gleichmäßig reiflos zu befriedigen. Und daraus ergibt
 sich weiter, daß die stehenden Fragen überhaupt nicht gelöst
 werden können ohne ein festes dauerndes Einber-
 nehmen zwischen Deutschland und Rußland.
 Andererseits besteht die Gefahr, daß sich der russische Westen
 zu einem Gegenstück des Balkans entwickelt, wo jeder
 Kleine im Kampf gegen andere Kleine die Hilfe der Großen
 sucht, und für europäische Konflagrationen wäre ein neuer
 Brandherd geschaffen.

Die Vertreter der Fraktionen versammelten sich gestern
 bei dem stellvertretenden Leiter des Auswärtigen Amtes,
 Fedr. v. d. Bülowe, wo sie über die Verhandlungen in Brest-
 Litowsk informiert wurden. Solche Informationen sollen
 jetzt täglich erfolgen.

Die geistigen Väter der beginnenden Wahl-
 rechtsobstruktion lästern sich aber, wenn sie glauben,
 daß das Volk ihrem Treiben ohnmächtig zuschauen müßte.
 Wir können ihnen versichern, daß ihnen nichts geschenkt bleiben
 wird, und daß die Obstruktion für alle, die sie treiben oder
 begünstigen, die unangenehmsten politischen Folgen haben
 wird. Von den entfallenden Anhängern des gleichen Wahl-
 rechts, die ja leider in der Kommission recht dünn gelat
 sind, hoffen wir, daß sie zusammenhalten werden, um jedes
 Abweichen vom Weg positiver Arbeit nach Kräften zu ver-
 hindern und jeden Obstruktionsversuch der Offenlichkeit zu
 denunzieren.

Nur wenn die Anhänger des gleichen Wahlrechts alle
 Energie in dieser Richtung aufbieten und dabei die kräftigste
 Unterstützung der Öffentlichkeit finden, darf man noch die
 bescheidene Hoffnung hegen, daß aus den Beschlüssen dieser
 Kommission etwas Positives herauskommen wird, daß es
 wenigstens zu Entscheidungen kommen wird, die uns das
 nächste Wegstück klarer überblicken lassen. Anderenfalls wird
 die Rechte weiter leeres Stroh dreschen und damit, ohne sonst

etwas zustande zu bringen, die Stimmung der Bevölkerung
 reizen und erhitzen. Darin liegt eine ernste Gefahr, die
 rechtzeitig erkannt, der entschlossen begegnet werden muß!

Die erste Sitzung.

Die Verfassungskommission des preussischen Abgeordneten-
 hauses trat am Freitag vormittag zusammen und beschloß, die drei
 Vorlagen über das Wahlrecht, das Herrenhaus und das Staats-
 recht der beiden Kammern in zwei Lesungen zu beraten und
 zunächst eine allgemeine Besprechung durchzuführen.
 Nachdem der Berichterstatter einen historisch-kritischen Überblick
 über den Vorgang des preussischen Wahlrechts gegeben hatte,
 richtete ein Konföderativer an die Staatsregierung die An-
 frage, warum sie nicht die drei Vorlagen in einem organi-
 schen Zusammenhang gebracht habe. Das sollte

durch ein Mantelgesetz

geschehen. Die Konföderativen können erst nach genauer
 Prüfung der Wirkung der Wahlreform auf das Herrenhaus
 und das gesamte Staatsrecht zu einem bestimmten Entschluß
 kommen.

Der Staatspräsident des Staatsministeriums, Dr. Friedberg,
 erwiderte, daß auch die Staatsregierung die drei Vorlagen als ein
 organisches Ganzes betrachte; sie würde kaum dem einen Gesetz
 zustimmen geneigt sein, wenn nicht auch über die anderen ein
 Einverständnis erzielt sei. Breiten brauche das Herrenhaus
 nicht. Einer engeren Verbindung der drei Vorlagen durch
 den Ausschuss würde die Regierung nicht entgegenstehen, das müßte
 aber nicht durch ein Mantelgesetz geschehen, sondern könnte auch
 durch die Zustimmung erreicht werden, daß das eine Gesetz ohne die
 anderen nicht in Kraft treten könne.

Ein Zentrumstreber erwiderte, daß der organische Zu-
 sammenhang der drei Vorlagen an. Das Zentrum wird erst
 endgültig Stellung nehmen, wenn alle drei Vorlagen
 durchgearbeitet sind.

Ein fortwährendlicher Redner richtete noch den ausgiebigen
 Erörterungen im Plenum keinen Antrag zu einer ge-
 heuren Generaldebatte. Der Zusammenhang zwischen den
 drei Vorlagen ist nicht so eng, daß sie als ein organisches
 untrennbares Ganzes behandelt werden müßten. Das Einzelstimm-
 system ist an sich diskutabel; wenn die zweite Kammer unter
 einem parlamentarischen System die Regierung aus ihrer Mitte
 wählt, dann mag eine erste Kammer am Platze sein. In Preußen
 aber, wo die Krone bisher noch nicht bei der Auswahl ihrer Mi-
 nister an das Parlament gebunden ist, genügt eine ein-
 zige Kammer.

Ein freikonservativer Abgeordneter fragte nach der
 Stellung der Regierung zu einer Reform des Stadtwahl-
 rechtswahlrechts und bringt zur Sprache, daß es dem
 Bund ehemaliger Kriegsteilnehmer und der
 Kriegsschädigten genötigt sei, in öffentlichen Versammlun-
 gen zur Wahlrechtsfrage Stellung zu nehmen, während anderen
 Parteien öffentliche Versammlungen verboten wären.

Minister des Innern Dr. Drehs: Die Verleihung des Drei-
 klassenwahlrechts im Staatsrecht würde naturgemäß eine

Auswirkung auf das Dreiklassenwahlrecht in der Gemeinde

haben, aber es läßt sich noch nichts Bestimmtes darüber
 sagen, wie diese Veränderung ausfallen wird. Die Einführung des
 gleichen Wahlrechts im Staat muß nicht unter allen Umständen
 auch das gleiche Wahlrecht in der Gemeinde zur Folge haben, die
 viel mehr auf Leistung und Eigenschaften aufbauen sei als der
 Staat. Die Aufhebung des Gemeindewahlrechts für den Fall
 der Einführung des gleichen Wahlrechts im Staat kann erst
 erfolgen, wenn die zukünftige Gestaltung des staatlichen Wahlrechts
 zu übersehen ist und wenn man die Ansichten des Städtetags ab-
 gewägt hat; daß eine Gemeindevahlrechtsreform kommen wird, ist aber
 zweifellos. — Was die Verammlung des Bundes der Kriegsteil-
 nehmer betrifft, so handelt es sich um eine Unzulässigkeit des
 Oberkommandos. Dieses gestattet grundsätzlich keine öffent-
 lichen, sondern nur Mitgliederversammlungen. Sollte
 das Oberkommando eine öffentliche Versammlung des genannten
 Bundes gestattet haben, dann jedenfalls in der Voraussetzung, daß
 es sich nicht um einen politischen Verein handelt, sondern um
 einen Verein, der das Interesse seiner Mitglieder wahren möchte.
 Würde sich nachträglich herausstellen, daß unter dem Deckmantel
 einer Versammlung, die der Wohlfahrt der Mitglieder dienen soll,
 eine Einwirkung auf öffentliche politische Angelegenheiten ist,
 so zweifelt er nicht, daß das Oberkommando einreisen werde. Nach
 unserer Information handelt es sich lediglich um eine Mit-
 gliederversammlung, wie auch aus unserm obigen Hinweis
 klar hervorgeht. (Ab. d. W.)

Das sozialdemokratische Auswahlgremium befaßt sich
 mit dem Antragskommissionen der Reform nicht zu verweigern, zu-
 nächst auf die Bemerkung, daß seine Partei grundsätzlich gegen das
 Zweiklassenwahlrecht sei. Die Reform des Gemeindevahl-
 rechts sei eine dringende Notwendigkeit. Jede aber mit
 der jetzigen Reform nicht zu tun. Die Sozialdemokratie hat von
 jeher das allgemeine, gleiche, freie und geheime Wahlrecht als
 für die Gemeindevahlen angestrebt und läßt an dieser
 Forderung fest. Der Redner bedauert die Behauptungen des
 freikonservativen, die doch darauf hinauslaufen:

den Kriegsteilnehmern die Betätigung mit der Wahlrechts-
 frage in ihren Organisationen zu verbieten,
 während die Kriegsteilnehmer dazu im vollen Maße berechtigt
 seien. Ebensooft wie sie sich mit einer Petition an das Abge-
 ordnenhaus gewandt hätten, müßte man ihnen, namentlich ange-
 sichts des Widerstandes weiter Kreise des Abgeordnetenhauses gegen

ein gleiches Wahlrecht, das Recht zugeben, gegen die beabsichtigte Schmälerung ihrer Rechte entschiedene Verwahrung einzulegen. Der Redner bedauert auch, daß der Minister des Innern eine solche Erklärung abgegeben hat, anstatt zu erklären, daß er für uneingeschränkte Gewährung des Vereins- und Versammlungsrechts gegenüber allen Parteien eintrifft.

Ein Nationalliberaler ruft an, die Herrenhausvorlage zuerst zu erledigen, denn eine ganze Reihe seiner Freunde hätte ausdrücklich betont, daß sie dem gleichen Wahlrecht nur zustimmen könnten, wenn ein mit harter Hand ausgestattetes Herrenhaus zustande käme.

Ein anderer Konservativer wunderte sich, daß die Regierung noch keine bestimmten Vorschläge über das zukünftige Gemeindevahlrecht machen könne, denn sie müsse sich doch ein Bild darüber gemacht haben, wohin die Reise gehe. Sein Parteifreund habe nicht ein Verbot der Versammlungen der Abgeordneten, sondern nur Gleichberechtigung aller Parteien verlangt.

Ein konservativer Abgeordneter hält eine eingehende Generaldebatte für nötig, da ein großer Teil ernster Bedenken im Plenum teils unanziehend, teils gar nicht vorgebracht worden ist. Die konservative Partei sei fest entschlossen, in dieser schwerwiegenden Frage etwas Positives zustande zu bringen. Die Ausführungen des Ministers über das Gemeindevahlrecht seien nicht zureichend; wolle man Homogenität zwischen Reich und Einzelstaaten schaffen, dann müsse man sie auch schaffen zwischen Einzelstaaten und Gemeinden. Seine Freunde fürchten von dem gleichen Wahlrecht Entfesselung und Ausübung des rücksichtslosen Klassenkampfes, und eine Klassenherrschaft wie im alten Athen. Wie sieht die Regierung zur Einführung der Wahlpflicht?

Abgemittelter Präsident Dr. Friedberg: Bei den Kriegsbeschädigten kann es sich nur um eine Mitgliederversammlung gehandelt haben, denn öffentliche politische Versammlungen werden vom Oberkommando nicht zugelassen. — Dem Redner erwidert Dr. Friedberg, daß die Leuten des kassischen Altertums sich doch in ganz anderer Weise deuten lassen. Wie könne man die Bevölkerung von Athen, die zur Hälfte aus Sklaven bestanden hat, mit unseren modernen Arbeitern vergleichen? Die Vorlage ist aufgebaut auf dem Vertrauen zu unserer Arbeiterschaft.

Minister des Innern Dr. Dreier: Auf Grund der letzten Wahlsitzungen würden unter dem gleichen Wahlrecht gewählt werden: Konservativ 81 (17,80 Proz.), Konservativ 34 (7,77 Proz.), Nationalliberal 46 (10,11 Proz.), Fortschrittler 49 (11,17 Proz.), Zentrum 22 (29,22 Proz.), Polen 41 (9,13 Proz.), Sozialdemokraten 101 (22,20 Proz.), verschiedene Parteien 11 (2,41 Proz.). Mit der Wahlpflicht hat sich die Regierung auch beschäftigt; in den Ländern, wo sie eingeführt ist, wird über die außerordentlichen Schwierigkeiten gesagt, zu entscheiden, ob das Nichtwählen entschuldigt sei.

Ein anderer Fortschrittler: Gegen ein Verbot öffentlicher Wahlrechtsversammlungen möchte man schärfer protestieren. Es ist erwidert, daß die Kriegsteilnehmer deutlich gezeigt haben, wie sehr ihnen das gleiche Wahlrecht am Herzen liegt. Welchen Eindruck würde es machen, wenn wir zunächst die Herrenhausvorlage berieten? Das Gemeindevahlrecht ist reformbedürftig, wir bekämpfen das Klassenwahlrecht auch dort, sowie die öffentliche Stimmenabgabe, aber auch die Kreisordnungen müssen reformiert werden.

Minister Dreier erklärt, das Oberkommando habe nur ganz allgemein imprecisiert, daß öffentliche politische Versammlungen grundsätzlich nicht gestattet werden; besondere Anordnungen über Wahlrechtsversammlungen sind nicht ergangen.

Ein Zentrumsabgeordneter: Das Gemeindevahlrecht steht mit dem Landtagswahlrecht in seinem inneren Zusammenhang. Die Einführung der Wahlpflicht würde auf große Schwierigkeiten führen.

Ein Arbeitervertreter aus der Zentrumspartei: Ich habe mich entschieden für das gleiche Wahlrecht. Wenn dieses jetzt nicht gegeben werde, so werde die Wahlrechtsbewegung nicht stillstehen.

Ein polnischer Abgeordneter verlangt, daß die politische Vertretung ihrer Zahl entsprechend im Landtage vertreten sei.

Ein Konservativer erklärt gegenüber der Wahlrechtsforderung der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer, daß an der Front kein Mensch an das gleiche Wahlrecht denke.

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg äußert sich über die Wirkung der Reform auf das Gemeindevahlrecht. Es bestehe zwischen dem Staat und den Gemeinden ein großer Unterschied. Die Gemeinden haben zum Teil wirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen, der Staat politische; den Gemeinden sind die Befehle vom Staat vorgeschrieben, der Staat ist selbst Befehlshaber.

Das bisherige Gemeindevahlrecht lasse sich nicht aufrechterhalten,

denn die Wirkung der letzten Reform sei längst verpufft, und heute wählen in den Großstädten 88 Proz. der Wähler in der dritten Klasse und nur 12 Proz. in den beiden ersten. Aus praktischen Gründen lasse sich das Gemeindevahlrecht dem politischen Wahlrecht zum Landtage nicht anpassen, aber das Gemeindevahlrecht müsse geändert, und zwar abgestuft werden.

Ein fortschrittlicher Ausnahmungskandidat spricht sich grundlegend für Reform des Gemeindevahlrechts aus und will die Konservativen, die sich jetzt so sehr für das Gemeindevahlrecht ins Zeug legen, zu geeigneter Zeit daran erinnern. Die Weiterberatung wurde auf Sonnabend 11 Uhr vertagt.

Doch ein russischer Staatsbankrott?

Schwere Besorgnis in England.

London, 10. Januar. Reuters. Der Petersburger Korrespondent des „Manchester Guardian“ meldet vom 8., daß die Volkskommission beabsichtigt, in den nächsten Tagen ein Dekret zu erlassen, durch das die russische Nationalbank annulliert wird. Der Korrespondent erzählt, daß das Dekret folgende Verfügungen enthalten wird:

1. Alle Anleihen und Schatzscheine, die im Besitz von Ausländern im Ausland oder in Rußland sind, sind ungültig.
2. Die Anleihen und Schatzscheine im Besitz russischer Untertanen, die mehr als 10 000 Rubel Kapital besitzen, sind ungültig.
3. Anleihen und Schatzscheine im Besitz russischer Untertanen, die ihr Kapital in russischen Anleihen angelegt haben, die 1000 Rubel nicht überschreiten, werden mit fünf Prozent vom Nominalwert verzinst. Denen, die 10 000 Rubel besitzen, werden drei Prozent ausbezahlt werden.
4. Arbeiter und Bauern, die russische Anleihen oder Schatzscheine im Werte von 100 Rubel besitzen, können sie dem Staat für 75 Prozent des Nominalwertes verkaufen, die, welche 600 Rubel besitzen, zu 70 Prozent.

Petersburg, 10. Januar. (Meldung der Petersburger Telegr.-Agent.) Ein Erlass des Rates der Volkskommission ordnet die Einstellung der Bezahlung von Kupons und Dividenden an. Die Bezahlung von Kupons ist bis zum Erlass einer neuen Verfügung verboten. Der Handel mit Aktien und Obligationen ist bei Strafe der Einziehung der Immobilien verboten.

Die Maximalisten-Regierung behauptet sich.

Petersburg, 9. Januar. (Meldung der Petersburger Telegr.-Agentur.) Die kräftigen Bemühungen, die Macht der Sowjets zu stürzen, haben keinen Erfolg.

Ein Ueberraschungs-Angriff bei Ipern abgefohlen. — Neue Kämpfe bei Cambrai und St. Quentin.

Amlich. Großes Hauptquartier, 11. Januar 1918. (W. Z. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht und Deutscher Kronprinz.

Verluste des Feindes, überraschend und nach Neuverberechtigung am Morgen des 10. Januar südlich von Ipern in unsere Stellungen einzubringen, scheiterten.

Tagüber entwickelte sich an der kantrischen Front und südwestlich von Cambrai lebhafter Artilleriekampf.

Zwischen Noeuves und Marcoing steigerte sich das englische Feuer am Abend und bei Tagesanbruch vorübergehend zu größter Heftigkeit.

Auch die französische Artillerie war beiderseits von St. Quentin und in einzelnen Abschnitten zwischen Dize und Aisne regt.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Westlich von Diamont erhöhte Gefechtsintensität.

Ostlicher Kriegsschauplatz

Nichts Neues.

An der

Mazedonischen und Italienischen Front

keine besonderen Ereignisse.

Der Erste Generalquartiermeister.

Ludendorff.

Abendbericht.

Berlin, 11. Januar 1918, abends. Amlich.

Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Duisow wurde geschlagen und ergriff die Flucht. Er wird von Abteilungen revolutionärer Soldaten und der Roten Garde verfolgt. Die Truppen Kaledins zogen sich nach mehreren Niederlagen zurück. Der Arbeiter- und Soldatenrat in Kowno ist in Freiheit. Die Frontsowjaken sind gegen Kaledin eingekommen. Kaledin versucht, den Rückzug anzutreten. Seine in der Richtung auf den Don abgeschickten Truppen kehren um.

Die Enthüllung der verbrecherischen Beziehungen zwischen der Rada, Kaledin und Franzosen und Amerikanern öffnete dem Volke die Augen über den verruchten Handel, der mit dem Blute der ukrainischen Arbeiter, Soldaten und Bauern getrieben wurde. Die Macht der Sowjets, die sich auf dem Kongress in Charkow gebildet haben, gewinnt an Einfluß. Der ukrainische Kriegsminister Petura reichte sein Rücktrittsgesuch ein.

Petersburg, 10. Januar. (Meldung der Petersburger Telegr.-Agent.) Abteilungen der Bolschewiki nahmen die Stationen Debaszewo, Snowda und Semenovka. Aus Kiew wird gemeldet, daß der Widerstand gegen die Rada wächst. Unter den Truppen der Haupttraba herrscht große Erregung.

Die Republik Kaledins.

Petersburg, 11. Januar. (Meldung der Petersburger Telegr.-Agent.) Aus Kowno wird gemeldet, daß in diesen Tagen die Verkündigung einer unabhängigen Republik der Dongegen erfolgen wird. Bei der Kabinettsbildung wird Kaledin vermutlich den Vorsitz und das Kriegsministerium, Teler das Justiz-, Agelief das Unterrichts-, Paramonoff das Handelsministerium übernehmen und Bogojewski Staatskontrolleur werden.

Frauenstimmrecht — in England.

London, 11. Januar. (Reuters.) Das Oberhaus nahm mit 134 gegen 69 Stimmen den Teil der Wahlrechtsvorlage an, die den Frauen das Stimmrecht verleiht.

Klagen der französischen Kammer.

Ganz wie bei uns.

Paris, 11. Januar. (Reuters.) Honorarblätter melden aus Paris: In der Kammer interpellierte der sozialistische Deputierte Robert die Regierung über die „Antaten der Justiz“ in der Provinz. Clemenceau erwiderte, er habe Robert im allgemeinen Genugtuung gegeben und sei mit seinen Kritiken einverstanden.

Einige Deputierte, darunter Poincaré, beschwerten sich über die Propaganda gegen das Parlament in der Armee und im Lande, die schwere Verstimmung gegen das Parlament hervorgerufen habe. Jean Bon führte aus, durch die Campagne gegen das Parlament sei ein unglaublicher Zustand geschaffen worden. Höhere und subalternen Offiziere verbreiteten in der Armee die unglaublichesten Gerüchte über das Parlament. Die Rechte der Kammer protestierte gegen die Ausführungen Jean Bons.

Renaudel fragte, warum Zeitungen, wie die „Humanité“ an der Front verboten worden seien. Das große Hauptquartier lasse eine Untersuchung vornehmen über die Zeitungen, die von den Soldaten gelesen werden dürfen. Ferner protestierte Renaudel gegen die Verleumdungen der sozialistischen Parteien und gegen die Unterjochungen, die hinsichtlich der vorjährigen Frühjahrsrekruten vorgenommen wurden. Clemenceau erwiderte, er stimme mit den Ausführungen der verschiedenen Redner überein, wünsche aber, daß man ihm Tatsachen, nicht Allgemeinheiten vorbringe, damit er handeln könne.

Die Kammer verlagte sich sodann auf heute zur Besprechung der Interpellationen über Rußland und die äußere Politik des Kabinetts.

Genf, 11. Januar. Die „Times“ mittels, löst eine Spaltung in der radikalen und radikal-sozialistischen Partei hervor. Der Senator Mascrand bemüht sich, alle diejenigen Elemente zu sammeln, die das Eintreten der Partei für Caillaux mißbilligen.

Der Krieg auf den Meeren.

Zwei Geleitzüge aufgerieben!

Berlin, 10. Januar. Neue U-Boots-Erfolge im Mittelmeer:

12 Dampfer mit 36 000 Br.-Reg.-To.

Die Schiffe hatten meist wertvolle Ladungen für Italien und die englische Kriegswirtschaft im Orient. In besonders gefährlich und hartnäckig durchgeführten Angriffen gelang es, zwei Geleitzüge

aufzubrechen und dabei sechs Dampfer zu vernichten. Unter diesen konnten festgestellt werden die beladenen bewaffneten englischen Dampfer Nistus (1170 Br.-Reg.-To.), Turnbridge (2874 Br.-Reg.-To.), Cliftondale (3811 Br.-Reg.-To.) und Beverley (3833 Br.-Reg.-To.), letztere beide mit je 5000 Tonnen Kohlen nach Malta bezw. Port Said unterwegs. Von dem englischen Dampfer Cliftondale, der mit zwei 15-Zentimeter-Kanonen und einer 7,6-Zentimeter-Schnelladekanone bewaffnet war, wurde der Kapitän gefangen genommen. Ferner wurde der bewaffnete italienische Dampfer Pietro (3860 Br.-Reg.-To.) in überraschendem Angriff durch Geschützfeuer niedergelassen, während der durch Bewacher gesicherte bewaffnete englische Dampfer Persier (3874 Br.-Reg.-To.), der beladen auf dem Wege nach Oranto war, einem Torpedo zum Opfer fiel.

An vorstehenden Erfolgen war in hervorragender Weise Kapitänleutnant v. Krauß de la Perière beteiligt.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Hertlings Antwort an Wilson.

Der Hauptausschuß des Reichstags wird am nächsten Mittwoch eine Sitzung abhalten, in der die allgemeine politische Erörterung wieder aufgenommen wird. In dieser Sitzung, die um 2 Uhr nachmittags beginnt, wird als erster der Reichskanzler das Wort ergreifen, wie man annimmt, zunächst um sich mit der neuen Botschaft Wilsons auseinanderzusetzen.

Mißglückte Rechtfertigung der Vaterlandsverteidiger-Verprügler.

Der Landesverein Groß-Berlin der Deutschen Vaterlandspartei sendet uns unter Bezugnahme auf die Erklärung des Bundes der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer eine Verichtigung, die wir abdrucken, nachdem wir zunächst festgestellt, daß die vorerwähnte Erklärung des Bundes von keinem einzigen Organ der Vaterlandspartei, dem sie zugesandt worden ist, veröffentlicht wurde. Die Verichtigung lautet:

Es ist unrichtig, daß vom Leiter der Presseabteilung der Deutschen Vaterlandspartei, Axel Ripke, Mitglieder des Bundes der Kriegsbeschädigten zu der am Montag, den 7. Januar 1918, stattgehabten Versammlung der Deutschen Vaterlandspartei unter ausdrücklicher Zusage der Redefreiheit eingeladen worden sind.

Richtig ist dagegen, daß lediglich Dr. Bresin eingeladen war. Richtig ist ferner, daß nachträglich durch polizeiliche Verfügung jede Aussprache verboten worden ist.

Es ist unrichtig, daß der Abgeordnete Fuhrmann die anwesenden Kriegsbeschädigten als Deserteure verdächtigt hat. Die Hindenburg- und Ludendorffs haben verlassen hätten, um ihren kämpfenden Kameraden in der Front in den Rücken zu fallen.

Richtig dagegen ist, daß der Abgeordnete Fuhrmann unter Hinweis auf den Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 6. Januar 1918 gesagt hat: „Wer den traurigen Mut hat, sein Vaterland in der schwersten Stunde des Krieges im Stich zu lassen, der verläßt Hindenburgs und Ludendorffs haben, um den kämpfenden Kameraden im Schützengraben in den Rücken zu fallen.“

Es ist unrichtig, daß die Unruhe in der Versammlung durch die Worte des Abgeordneten Fuhrmann entstanden ist. Richtig dagegen ist, daß die Unruhe erst entstand, als Dr. Bresin durch laute Zurufe die anwesenden Kriegsbeschädigten zu Protesten aufrief.

Es ist unrichtig, daß Kriegsbeschädigte in roher Weise mit Stöcken geschlagen und gestochen wurden, weil sie durchaus parlamentarische Zwischenrufe taten.

Richtig dagegen ist, daß vom Publikum versucht wurde, Ruhefrierer wegen andauernden Lärmens und unparlamentarischer Zwischenrufe aus dem Saale zu entfernen, wobei infolge des gegenseitigen Widerstandes nicht nur Kriegsbeschädigte, sondern auch Mitglieder der Vaterlandspartei gestochen wurden. Weitere Unruhe entstand erst, als der aus dem Saale entlassene Dr. Bresin nach einiger Zeit ruhestörend im Saale wieder erschien und darauf von der Polizei wieder hinausgeführt wurde.

Hochachtungsvoll

Landesverein Groß-Berlin der Deutschen Vaterlandspartei,

i. A.: Kämpel.

Die Verprügung der Kriegsbeschädigten wird also in dieser „Berichtigung“ nicht nur nicht geleugnet, sondern ausdrücklich bestätigt. Bei diesem Sachverhalt hätten die Vaterlandsverteidiger-Verprügler richtiger gehandelt, sich vor der Öffentlichkeit zu entschuldigen, anstatt den Tatbestand durch allerhand Unsinnsigkeiten zu verdunkeln, die ihnen kein Mensch glauben wird, der seine fünf Sinne beisammen hat. Die Kriegsbeschädigten seien nicht eingeladen gewesen! Wie sind sie denn in die Versammlung hineingekommen, da der Eintritt nur gegen Karten gestattet war! Außerdem existierten Hunderte, welche gehört haben, wie Herr Axel Ripke in der Versammlung des Bundes in Wilmersdorf alle Anwesenden aufforderte, die Vaterlandspartei zu verlassen. Gleichzeitig teilte ein Herr Eintrittskarten aus. Als Herr Axel Ripke aus der Versammlung aufmerklos gemacht wurde, daß die Eintrittskarten für Gäste den Vermerk trügen: „Eingeführt durch . . .“, erklärte er, die Kriegsbeschädigten sollten sich am Eingang nur auf ihn berufen.

Was die „unparlamentarischen“ Zwischenrufe anbelangt, dafür gibt uns ein Obrenzeuge folgendes Beispiel. Herr Widemeister fragte während seines sonst einmütig abgelesenen Referats plötzlich mit erhobener Stimme: „Glauben Sie, daß wir den Krieg verlängern wollen?“ Ein Kriegsbeschädigter erwiderte mit feister Stimme: „Ja!“ Auf diesen „unparlamentarischen“ Zwischenruf fiel sofort die ganze Umgebung mit Schreien über den Kriegsbeschädigten her, während Herr Widemeister ihm ein beleidigendes Wort zurief.

Wie welchen Mitteln zur Verdeckung der Wahrheit gearbeitet wird, das konnte man im Wahlrechtsauschuß des Abgeordnetenhauses erleben. Dort beschwerte sich ein freikonservativer Redner, daß man dem Bunde der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer für die Besprechung der Wahlrechtsfragen eine öffentliche Versammlung gestattet habe und verlangte deren Verbot. In Wirklichkeit handelt es sich, wie uns mitgeteilt wird, um eine Mitgliederversammlung, die am Sonntag vormittag im „Lohrer-Vereinshaus“ stattfindet. Die freikonservative Demagogie dürfte aber einen besonderen Zweck haben. In der Versammlung soll nämlich auch die Verhandlung der Kriegsbeschädigten durch die Vaterlandspartei zur Sprache gebracht werden und zwar unter Anwesenheit der Augen- und Ohrenzeugen jener Vorgänge. Das ist den Herren unangenehm und deswegen diese erbärmliche Denunziation.

Rückwärtsorientierung in Bayern.

Das München wird unter dem 11. d. Mts. gemeldet: In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenversammlung wurde ein Zentrumsantrag betreffs Schließung der Reichsversammlungsanstalten gegen die Stimmen der Liberalen und Sozialdemokraten angenommen. Unter dem Vorwand der Notwendigkeit hat das Zentrum die ihm verhasste Feuerbestattung abgelehnt und so eine neue Illustration zu seinen „Toleranzanträgen“ gegeben.

Denk an die Sammlung

zur Förderung des Kampfes für Verständigungsfrieden und gleiches Wahlrecht!

Zuwendungen nimmt entgegen die Expedition des „Vorwärts“, Geldsendungen durch die Post sind an D. Braun, Berlin SW 68, Lindenstr. 8, zu richten, oder können auf Postcheckkonto Nr. 3012, F. Ebert, D. Braun Nr. 7918 beim Postfachamt Berlin eingezahlt werden.
Anmeldungen zur Mitgliedschaft sind an Th. Fischer, Berlin SW 68, Lindenstr. 8, zu richten.

Rechtsfragen vor dem Hauptausschuß.

Der Hauptausschuß besaßte sich in seiner Sitzung am Freitag mit den Rechtsfragen, die zwischen Deutschland und Rußland erledigt werden müssen. Geheimrat Simon vom Auswärtigen Amt bespricht ausführlich die Rechtsverhältnisse in den besetzten Gebieten des Ostens, wo man in dieser Hinsicht vor einem Trümmerfeld

steht. In dieser Chaos Ordnung zu bringen, bedinge eine ungeheuerliche Arbeit. Vor allen Dingen müsse die Ununterschiedlichkeit des Privatigentums gewahrt bleiben. Die Verhandlungen in West-Litauen auf diesem Gebiete konnten bisher noch nicht wesentlich gefördert werden. Die russische Delegation konnte sich noch nicht bilden, denn ihr fehlen die nötigen international vorgebildeten Juristen. Die größten Schwierigkeiten bildet die Regelung der privatrechtlichen Verhältnisse, des Wahlrechts, der Forderungsverhältnisse usw. Die privaten Rechte sollen wieder hergestellt und die Geschädigten schadlos gehalten werden. Unsere Auslandsdeutsche sind durch nichts härter getroffen worden, als durch die Liquidierung ihres Vermögens und es ist zu begrüßen, daß diese Verhältnisse wieder hergestellt werden sollen. Der gegenseitige Verzicht auf Kriegsschadensersatz ist bekannt. Wegen des Erlasses der Kriegsschadens haben die Russen vorgeschlagen, eine gemeinsame Kasse zu bilden, um daraus die Schäden zu decken. Dieser Weg erwies sich als nicht gangbar. Nebenbleibende Streitpunkte sollen internationalen Kommissionen zur Entscheidung unterbreitet werden. Abg. Dove erklärt sich mit diesen Darlegungen im allgemeinen einverstanden. Abg. Jundt (nack.) wünscht insbesondere baldige Vereinbarung mit Rußland über das Urheberrecht und über das Patentrecht. Abg. Waldstein (Hoesler) empfiehlt die Hinzuziehung von Sachverständigen aus Handel und Industrie und beipflichtet dann die Frage der Entschädigung für Requisitionen. Der Ausbau der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit ist mit Freuden zu begrüßen, damit künftig das Prinzip des Rechts über dem Prinzip der Gewalt steht. Abg. Erberger: Das Requisitionen bezahlt werden müssen, ist selbstverständlich, es fragt sich nur, wer für die Gebiete bezahlen müsse, die sich von Rußland lösen. Geheimrat Simon gibt auf die gestellten Fragen Auskunft. Grundsatz des Völkerrechts ist, daß in allen Fällen, in denen ein Staat privates Eigentum fremder Staatsangehöriger eingreift, Schadenersatz geleistet werden muß. Für eine Bezahlung der Requisitionen muß unbedingt gesorgt werden; erst muß aber festgestellt, was aus den besetzten Gebieten wird. Im Gebiete von Ober-Ost wird jetzt Bezahlung erfolgen. Abg. von Trautzsch (Kölsch) beipflichtet Übergriffe bei Vornahme von Requisitionen und führt lebhaft Kritik an dem Verfahren der Reichsentschädigungskommission. Abg. Ebert (Soz.) findet die vorgeschlagenen Richtlinien annehmbar. Der Grundgedanke, daß jeder der freientenden Teile seine Kosten selber trage, sei durchaus berechtigt. Eine Verständigung würde erschweren, wenn man dazu übergehen wolle, sich gegenseitig die Schäden vorzurechnen. Die Requisitionen, bei denen zweifellos oft recht rigoros verfahren wurde, müssen sobald als möglich bezahlt werden. Die Russen dürften ohne Zweifel Interesse haben für Fragen des internationalen Arbeiterrechts.

Diese Fragen sind von hoher Bedeutung für Handel und Industrie. Eine Verständigung auf diesem Gebiete festigt nicht nur den Frieden, sondern macht auch einen großen moralischen Eindruck. Es kommt hier in Frage das Konstitutionsrecht, die Aus- und Einwanderung und dann vor allen Dingen die Arbeiterversicherung. Die bei uns bestehenden Grundzüge auf letzterem Gebiete müssen verplant und zur Entlohnung gebracht werden. Der Ausbau des internationalen Schiedsgerichtswesens sei durchaus mit Freuden zu begrüßen. Abg. Dr. Lohm (U. S.) geht eingehend auf die von der Regierung gemachten vertraulichen Mitteilungen ein. Bei den Requisitionen habe man sich keineswegs immer streng an den Heeresbedarf gehalten. Rechner übt scharf Kritik an den bekannten Vorgängen in Litauen und Polen. Er empfiehlt bei den Verhandlungen in West- und Ost-Ostern Ebert mit in den Kreis der Beratungen zu ziehen. Geheimrat Simon protestiert gegen die Ausführungen des Korrespondenten. Von Anfang an bestand die Absicht, die Requisitionen zu bezahlen. Die umfangreichen Requisitionen waren nötig infolge unserer Abwertung vom Weltmarkt. Die Arbeiterfragen sind ohne Zweifel sehr wichtig, ob sie aber bei den Friedensverhandlungen erledigt werden können, sei sehr fraglich. Abg. Ebert hält daran fest, daß diese Fragen behandelt werden müssen. Geheimrat Simon erklärte noch, daß die Interessen der Arbeiter ebenfalls gewahrt werden sollen. Damit schließt die Aussprache.

Die nächste Sitzung des Hauptausschusses findet Dienstag 2 Uhr statt.

Groß-Berlin

Auf zur Stadtverordnetenwahl!

Morgen von 10-6 Uhr findet die Stadtverordneten-Ergebniswahl im 11. Kommunalwahlbezirk statt.

Wahlberechtigt und verpflichtet ist jeder Deutsche, der im 11. Kommunalwahlbezirk wohnt und das 24. Lebensjahr überschritten hat.

- Gewählt wird in folgenden Kolonnen:
- Wahlbezirk 166. Kolonnenliste 1-11 und 35-49, Gredemannstr. 1 bis 4, Hohlhahnel am Schleifweg, Oberbaumstr. 1-8 und 8-12, Oppelner Str. 1-9 und 35-49, Schleifweg Str. 1-9 und 35-49, Salfer Str. 35-72, Sorauer Str. 1 und 31, Baumstraße 40-54 und 81-96.
 - Wahllokal: Schleifweg Str. 9 bei Vohl.
 - Wahlbezirk 107A. Gurohrstr. 17-41, Gdöfcher Str. 21-44, Laborstraße 7-16 und 27-31, Gredemannstr. 10, Mag II (661. I), Brangelstraße 45-50.
 - Wahllokal: Gurohrstr. 37 bei Reue.
 - Wahlbezirk 107B. Gurohrstr. 1-16 und 43-52, Gurohrstr. 63-72, Laborstr. 1-3, Laborstr. 1-6 und 32-38, Gredemannstr. 1-8, Gredemannstr. 1-8, Schleifweg Str. 10-38, Bock dem Schleifweg, Schleifweg.
 - Wahllokal: Schleifweg Str. 28 bei Vahl.
 - Wahlbezirk 108A. Gdöfcher Str. 59-61, Oppelner Str. 10-22 und 35-37, Sorauer Str. 2-16 und 18-30.

Stadbezirk 108B. Kolonnenliste 12-24, Gdöfcher Str. 45-58, Oppelner Str. 23 und 24, Sorauer Str. 17.

Wahllokal: Gdöfcher Str. 59 bei Vahl.

Stadbezirk 109. Gdöfcher Str. 62-70, Gredemannstr. 35, Gdöfcher Str. 47-52, Baumstraße 39.

Wahllokal: Gdöfcher Str. 59 bei Vahl.

Die Wahl ist eine öffentliche und erfolgt unter Nennung des Namens des Kandidaten.

Kandidat der Sozialdemokratischen Partei ist allein der Kandidat

Gerhard Rathmann, Halberstr. 23.

Parteilosen! Ruft den heutigen letzten Tag vor der Wahl noch zu einer eifrigen Propaganda für die Wahlarbeiten aus. Mäkt die Pflügen und Säumigen auf. Sorgt dafür, daß alle unsere Freunde und Parteigenossen von ihrem Staatsbürgerrechte Gebrauch machen.

Laßt Euch von keiner Seite irre machen, nur Rathmann und kein anderer ist Kandidat der Partei.

Also auf zur Wahl!

Das Sozialdemokratische Wahlkomitee.
J. K. S. Weisner.

Die Errichtung einer Brennstoffgewinnungsanlage vorläufig abgelehnt.

Um die Notwendigkeit der Brennstoffversorgung der Bevölkerung etwas zu beheben, hatte die Kohlenkommission beschlossen, auf dem Mieselgut Plankensfelde eine Brennstoffgewinnungsanlage zu errichten. Es wurde mit einer Produktion von 6000 Tonnen pro Jahr gerechnet, ein Quantum, das nach dem Gutachten der Sachverständigen auf etwa das Dreifache gesteigert werden konnte. Ist in Anbetracht der Bevölkerungszahl von Berlin dieses Quantum auch nicht groß, so muß doch in der heutigen Zeit jedes Mittel angewendet werden, heranzukommen, was möglich ist. Der Stadtverordnetenversammlung lag in der Sitzung vor Weihnachten diese Vorlage, welche einen Kostenaufwand von circa 200 000 M. vorläufig zur Genehmigung vor. Aus der Versammlung wurden verschiedene Bedenken geltend gemacht, die dazu führten, den Antrag einem Ausschuss zu überweisen. Dieser Ausschuss hat vorgeschlagen getagt und wider Erwarten die Vorlage mit neun gegen fünf Stimmen abgelehnt.

Die Gegner der Vorlage begründeten ihren ablehnenden Standpunkt damit, daß in technischer Beziehung vor allem die Handhabung der Anlage als sehr schlecht eigne. Sie ihnen dies an der Hand der Ausführungen des Gutachtens der Sachverständigen widerlegt war, mußte die Rentabilität des Unternehmens, die zweifelhaft wäre, als Ablehnungsgrund herhalten.

Alle Bemühungen des Dezernenten der Kohlenversorgung und der sozialdemokratischen und eines bürgerlichen Redners, die Mehrheit zu überzeugen, daß der Gesichtspunkt der Versorgung der Bevölkerung mit Brennstoffmaterial als der oberste gegenüber den Bedenken vom finanziellen Standpunkt aus zurückzutreten habe, waren erfolglos.

Von den Gegnern wurde noch ins Feld geführt, daß für den nächsten Winter die Situation auf dem Gebiete der Hausbrandversorgung sich gebessert haben wird. Alle Hinweise, daß auch diese Annahme ein Trugbild sei, waren vergebens, die bürgerlichen Herren ließen sich von ihrer vorgefaßten Meinung gegen die Vorlage nicht abbringen.

Kommehr wird sich in der kommenden Sitzung die Stadtverordnetenversammlung erneut mit der Sache zu beschäftigen haben. Es bietet nur zu wünschen, daß sich das Plenum auf einen anderen Standpunkt stellt, als dies seitens der bürgerlichen Mehrheit im Ausschuss unbegrifflicherweise geschehen ist.

Angabe der Lebensmittelkarte Groß-Berlin.

Wie bereits angekündigt worden ist, erfolgt demnächst entsprechend den Beschlüssen des Lebensmittelverbandes Groß-Berlin die Ausgabe einer gemeindefreien Lebensmittelkarte sowie einer Lebensmittelkarte für Jugendliche im Alter von 8 bis 17 Jahren. Die gemeindefreie Lebensmittelkarte wird in Berlin zusammen mit der neuen Kohlenkarte am 15. und 16. d. M. durch die Volkskommission verteilt werden.

Die Karten für Jugendliche sind von den Volkskommissionen am 18. und 19. d. M. abzugeben. Gewandberechtigt sind im gesamten Gebiet des Lebensmittelverbandes Groß-Berlin die Jugendlichen, die in der Zeit vom 1. Januar 1901 bis 31. Dezember 1910 geboren sind. Kinder, die erst nach dem 31. Dezember 1910 geboren sind, erhalten ebenfalls eine Lebensmittelkarte für Jugendliche, sobald sie das 7. Lebensjahr vollendet haben, und der Nachweis hiervon durch Vorlegung der Geburtsurkunde, eines Taufzeugnisses u. d. erbracht wird.

Berliner Lebensmittel.

Auf das Blaue Mittelstück der letzten Lebensmittelkarte entfallen 150 Gramm Nahrungsmittel, und zwar Roggen oder Weizenmehl, oder Sago oder Kartoffelmehl, ferner entfallen darauf 4 Knochenbrühwürfel. Das Mittelstück ist von heute bis einschließlich Dienstag, den 15. Januar, in den durch besondere Verkaufsstellen gekennzeichneten Kleinhandelsbetrieben abzugeben. Die Ware wird dann nach Ablauf der üblichen Frist zur Verfügung stehen.

Vom 14. bis 17. Januar findet eine Reueintragung zur Kundenliste für Kartoffeln statt. Die Eintragungsdfrist wird keinesfalls verlängert, ein jeder muß also dafür sorgen, daß seine Reueintragung pünktlich erfolgt. Alle diejenigen jedoch, die mit Kartoffeln für den Winter vorversorgt sind, dürfen sich nicht zur Kundenliste anmelden. Die Reueintragung gilt auch für Hotels, Schankwirtschaften, Kantinen, Kranenbäuer und Verpflegungsbetriebe aller Art, soweit sie nicht für den Winter vorversorgt sind. Das Nähere ergeben die Anschläge an den Säulen.

Die neuen Kohlen- und Sonderarten des Kohlenverbandes Groß-Berlin gelangen vom 15. Januar an durch Vermittlung der Hausbesitzer zur Ausgabe. Die neuen Kohlenarten werden, in Kolonnen zu 1/2 Zentner eingeteilt, im allgemeinen aber die gleichen Mengen wie die alten Kohlenarten. Nur werden die kleinsten Haushaltungen von nur einem Zimmer unter Fortfall der bisherigen Gruppe 1 eine Kolonne der Gruppe 2 und somit eine Bezugsmöglichkeit auf 10 Zentner gegen bisher 5 Zentner Kohlen erhalten. Neu ist auch die Berücksichtigung der Untermieter, für deren jeden die Vermieter eine Sonderkolonne über 5 Zentner mit der Verpflichtung erhalten, eine entsprechende Menge für jeden Untermieter zu verwenden. Endlich werden auch für Haushaltungen mit Dienstmägden, aber ohne Waschküche zum Kohlenbezug für Wasch- und Abkühlzwecke Sonderarten über 3-9 Zentner ausgegeben werden.

Vom 20. Januar ab dürfen Kohlen gegen Vorlegung der neuen Kohlenkarte bezogen werden: Bei Gruppe 2 auf die Kolonnen 1-8, Gruppe 3 auf 1-12, Gruppe 4 auf 1-14 und bei Gruppe 5 auf 1-20.

Eine in Kürze erscheinende Verordnung wird eine weitgehende vorzugsweise Belieferung der alten, am 15. Februar vorläufigen Kohlenkarte gegenüber der neuen Kohlenkarte und für die Folge eine vorzugsweise Belieferung der späteren alten Kolonnen der neuen Kohlenkarte bereithalten und Bestimmungen über die von den Kohlenhändlern einzuhaltenden Verkaufszeiten treffen.

Zur Beschlagnahme von gebrauchten Kleidungs- und Wäschegegenständen teilt uns der Verband der Handwerker mit, daß durch Verordnung der Reichsbeschleunigungsstelle, wonach die bei Händlern, Trödlern, Monatsgarderobenhändlern und Pfandleihern befindlichen gebrauchten Kleidungs- und Wäschegegenstände beschlagnahmt werden, vielfach der irrtümliche Glaube entstanden ist, daß den Eigentümern verpfändeter Sachen diese infolge der Beschlagnahme verloren sind. Solche Vorstellungen sind jedoch nicht gerechtfertigt; denn von der Beschlagnahme werden nur solche Sachen ergriffen, welche bei den bezeichneten Personen zum Verkauf stehen. Alle übrigen im Gewohrham befindlichen Sachen unterliegen der Beschlagnahme nicht. Frei sind insbesondere die bei den Pfandleihern verpfändeten (verkauften) gebrauchten Kleidungs- und Wäschegegenstände. Nur bei der Bewertung verfallener Pfänder tritt infolge einer Restruierung ein, als die Pfänder nicht wie bisher öffentlich versteigert werden, sondern anstatt dessen an die kommunalen Auktionsverwaltungen abgeliefert werden müssen. Wer also Sachen verpfändet hat, muß lediglich darauf achten, daß er die am Verpfändungsstage beginnende Frist von sechs Monaten zur Einlösung der Pfänder oder Erneuerung der Pfandhypothek nicht verläßt.

Das „schwarze Hertel“ geschlossen. Die altbekannte Weinwirtschaft „Zum schwarzen Hertel“ in der Dorothienstr. 31 ist auf Anordnung des Kriegsverwaltungsrates geschlossen und dem Inhaber Hertel und seiner Ehefrau ist der Handel unterlagt worden wegen Verstoßes von Lebensmitteln aus dem Exporthandel, Abgabe von Fleischwaren ohne Marken und anderer Übertretungen der Verordnungen zur Sicherung unserer Ernährung.

Eine verknümmelte Ratensknecht wurde Donnerstag auf den Weiden des Nordrings angetroffen. Die Ermittlungen ergaben, daß der Lote ein 15 Jahre alter Max North aus der Schönholzer Straße 6 ist. Wie er verunglückt ist, ließ sich noch nicht feststellen.

Ein Juwelensünder wurde in der Friedrichstraße festgenommen. Dort errichtete in einem Geschäft ein junger Mann und ließ sich wertvolle Schmuckgegenstände im Werte von 10 000 M. vorlegen. Während die Verkäuferin die Vorbereitungen zum Abkassieren des Geldbetrags traf, rief der Kunde plötzlich einen Drakonring und ein Paar Ohrringe mit Brillanten, zusammen für 5000 M., an sich und ergreif die Flucht. Auf die Hilferufe der Verkäuferin gelang es, an der Ecke der Friedrich- und Leipziger Straße den flüchtigen festzunehmen. Die Kriminalpolizei entsandte den Verdächtigen als einen schweren Jungen, einen gewissen Walter Gossmann, der früher gemeinlich den Goldschmuckhandel betrieb und eben eine längere Inhaftstrafe verbüßt hat.

Der Hausverderber, über den wir vor vierzehn Tagen aus der Großen Hamburger Straße berichteten, ist jetzt ganz ausgeklärt. Ein 74 Jahre alter Händler Gustav Cohn wurde damals von zwei Männern, die mit einer Frau in der Waale von Kunden bei ihm erschienen, hinterhältig überfallen und niedergeschlagen. Die Frau wurde gleich ergriffen. Auf die beiden flüchtigen Räuber wurden auch die Fahndungsbehörden sofort aufmerksam gemacht. Der eine war bereits bekannt als ein Bekannter Baumlaack, der aus dem Internierten-Lager in Spandau entwichen war. Beide tauchten jetzt in Schiedsdorf auf und wurden festgenommen. Der zweite europäer sich als ein Zuhälter Hans Pajmann aus Breslau. Die Verhafteten sind gefällig.

Regierungsfurcht vor den Neuköllner Enthüllungen.

Wie die Veröffentlichung der Denkschrift verboten wurde.

In der Neuköllner Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag wurde zunächst die Wahl des Vorstandes vorgenommen. Es wurden wiedergewählt als Vorsitzender Fabrikant Sander, als sein Stellvertreter Gen. Scholz, als Verleger Neumungstrat Mehlis und als Schriftführer Bureauleiter Raerker.

Unter Geschäftlichem machte sodann Oberbürgermeister Salzer von einem Schreiben des Regierungspräsidenten über das angebliche Verbot der Neuköllner Denkschrift Mitteilung. Der Regierungspräsident erklärt darin:

Ein Verbot zur Verbreitung der Denkschrift ist nach keiner Richtung und in keiner der beteiligten Stellen ausgesprochen worden;

von einer Mitteilung der Denkschrift an die Stadtverordneten ist nicht einmal abgeraten worden, noch viel weniger ist eine solche verboten worden;

als Grund einer Veranlassung der Denkschrift ist von keiner Seite angegeben worden, daß sie, wie es im „Berliner Tageblatt“ steht, eine Kritik der übergeordneten Behörden enthalte.

Dieses Schreiben des Regierungspräsidenten veranlaßte Genossen Broger zu folgender Erklärung:

„Nachdem sowohl von dem Herrn Regierungspräsidenten wie auch in der Presseförsierung am Montag, den 17. Dezember 1917, von Vertreter des Kriegsernährungsamtes bekannt worden ist, daß dem Magistrat von Neukölln die Veröffentlichung nur abgeraten worden sei, stelle ich folgenden Sachverhalt fest:

In dem Antwortschreiben an den Präsidenten des Kriegsernährungsamtes, das der Denkschrift beigefügt ist, wird die Absicht bekundet, diese Denkschrift auch den Mitgliedern des Ernährungsbeirats sowie den Vorständen der Fraktionen des Reichs- und Landtages zu übermitteln. Während die Vertreter Neuköllns mit dem Staatssekretär in Gegenwart des Leiters der staatlichen Beiratsstelle, Herrn Geheimrat Dagedorn, dem Kommissionsreferenten des Ernährungsbeirats, Herrn v. Einem und dem Regierungspräsidenten verhandelt, hat Geheimrat Dagedorn die omnibus Stelle des Ansprechens, auf die er Herrn v. Einem aufmerksam machte. Herr v. Einem nahm sofort das Wort, allierte diese Stelle und machte den Oberbürgermeister auf eine Verfügung des Ministers des Innern aufmerksam, wonach es den untergeordneten Behörden nicht gestattet sei, Maßnahmen der übergeordneten zu treffen. Die Denkschrift enthalte aber eine solche Kritik. Sie dürfe auf keinen Fall veröffentlicht werden. Hierauf wies Herr der Staatssekretär das Wort und sagte: Ich höre eben, daß beabsichtigt ist, diese Denkschrift auch weiteren Kreisen zugänglich zu machen. Das darf auf keinen Fall geschehen. Das wäre nur ein großer Skandal eben. (Und zu dem neben ihm sitzenden Regierungspräsidenten gewandt): „Der Regierungspräsident, veranlassen Sie das Weiter.“

Der Regierungspräsident hat offenbar dann auch das Weiter veranlaßt. Der Herr Oberbürgermeister machte als untergeordneter Kommunalbeamter die hiesige Erklärung seitens des Staatssekretärs und des Vertreters des Ministers des Innern: „Die Veröffentlichung darf auf keinen Fall erfolgen“, als Verbot betonen. Die Veröffentlichung der Denkschrift ist dann auch unterblieben.

Den an der Konferenz teilnehmenden Stadtverordneten hat der Herr Staatssekretär dringend geraten, von der Entscheidung des Inhalts der Denkschrift Abstand zu nehmen. Er bemerkte, daß die Behandlung dieser Angelegenheit in öffentlicher Sitzung nur einen unnötigen Skandal geben würde. Die

Zwischen den Schmerzen.

Von Hans Bauer (Champagne).

Wälder, Dörfer, Wiesen, Städte, Berge tauchen an mir vorüber. Auf und nieder wippen die Telegraphendrähte. Das nähen...

Unbekannter Klingens die Ordnungen, die das gleichgültige Auge von großen bemalten Brettern abliest und die Junge leise nachspricht.

Erstes Dunkel mummelt sich um über das Leben. Die letzten Ziviltäten verlassen meinen Bogen. Wir passieren bald die Grenze. Die Schleiher, die sich über die Erde werfen, werden schwärzer und schwärzer.

Es ist nun ganz spät am Abend. Von draußen klettert ein französischer Ordnungsmann an die Wagendecke. Ich erkenne ihn schon an Köpfbild als mein Stützpunkt Umsteigen! — Drei volle, langweilige einzelne Stunden hier warten müssen!

Ich holpere durch die finstere Bahnpassage. Taste nach der Rinne einer Wasserleitung. Drücke sie nieder. Ein Lichtblitz springt in die Dunkelheit. Wird schmalere und ist nun wieder verschwunden.

Ein Bahndiener guckt einmal rein zu mir. Ein alter Franzose bietet Zigaretten feil. Eine Handvoll Umlauber reißt plötzlich die Tür auf, poltert lachend herein. Einer haut die Faust schwer auf den großen Mittelstisch: „Kinder! Kinder! Hat das wieder mal gekloppt! Vierzehn Tage hat der Alte rausgerückt! Werden die aber zu Haus gucken!“

Wir scheinen sie alle so fremd. Der Bahnbeamte und der Franzose und die Umlauber. — So ganz, ganz, ganz fremd. So ganz, ganz allein fühle ich mich plötzlich. Bald tausend Kilometer Schienenstrang dehnt sich zwischen denen zu Haus und mir.

Da kommt ein hübscheres, blutjunges Franzosenmädchen in das Wartezimmer. Hält einen Kufenschlüssel in der Hand und starrt den Staub von den Wänden. Ihr Auge guckt ganz traurig drein — als sei ihr ein großes Leid geschehen. Ich schaue sie lange an, blitze ihr ins Gesicht, sehe, wie sie gepreht und geschürt ist und weiß dann: sie trägt ein Kind unterm Herzen, ihr erstes Kind.

Eben begegnen sich unsere Blicke. Eine Sekunde lang Blickt Auge in Auge.

Dann wendet sie die Augen ab. Nicht verächtlich, aber so ganz geängstigt und unruhig flattern sie durch den Raum.

Die Ahnung eines großen Wechs, das sie zu leiden haben wird, schläft in ihr.

Da fühle ich mich ihr so verwandt. Und weiß doch gar nichts von ihr. Jemandem ist sie. Jemand — irgendeine.

Draußen winkelt eine Lokomotive einen Pfiff an der verhängten Himmel. Die Umlauber huchen die Tornister wieder auf und stapfen in die Nacht. — Wir sind nun ganz allein. Monoton patiat ihr Köpfe auf die schmalen Bänke. Keiner spricht ein Wort. Keiner würde vom andern auch nur ein Wort verstehen.

Und doch fließt ein heimlicher Strom von ihr zu mir. Wir hören jetzt zuhause. Später — später — wird keiner vom andern mehr wissen, wissen wollen. Aber eben steht uns beiden ein größtes Erdenleid bevor:

Leben gebären — und Leben vernichten!

Und die Schmerzreichen stehen sich so nahe! Und das Leid preßt enger aneinander die Gemeinschaft des Blutes oder des Vaterlandes oder des Geistes! So ganz, ganz nahe stehen wir uns eben, liebes Mädel! Nicht wahr? So ganz, ganz nahe!

Draußen flutet das Leben der Fremden dahin. Das Leben zwischen den Wägen: Geburt und Tod.

Mir ist, als wären alle Erdennischen diesem kleinen Raume mit der höheren Ziviltät und den abgeblendeten Gemütern einzufließen und als münde alles Leben wieder in ihn ein, als sei er aller Vaterhaus und ewige Heimat.

Das Geheimnis der Osterinsel.

Als im Jahre 1722 Roggeveen im östlichen Teile des Stillen Ozeans die einsame Osterinsel entdeckte, da fand er auf dem dreieckigen, kaum 117 Quadratkilometer großen Eilande eine große Anzahl geheimnisvoller Steinbauten, deren Sockel auf Terrassen längs des Meeresufers aufgerichtet waren. Der Vulkan an der Nordspitze der Insel, der 165 Meter hohe Rano Raraku oder Berg der Statuen, bildete offenbar den Steinbruch für die 8 bis 6 Meter hohen megalithischen Denkmäler, denn in seiner Nähe fand der Entdecker etwa 100 dieser Statuen in allen Stadien der Bearbeitung und Vollendung. Jetzt steht keiner dieser Zeugen grauer Vorzeit mehr; die letzte Statue scheint gegen 1835 von ihrem Sockel gestürzt worden zu sein.

Die Osterinsel liegt noch genau so abseits vom Verkehr, wie zur Zeit ihrer Entdeckung. Keine Dampferlinie berührt sie, nur einmal im Jahre kommt von Chile, das 1888 die Insel in Besitz nahm, ein Schoner zu ihr hinüber. Von den wissenschaftlichen Expeditionen, die sich das geheimnisvolle Eiland als Forschungsgebiet erwählten, war die neueste die von Scoresby Knudsen und seiner Gattin, deren Reise sich bis 1916 ausdehnte. Wie die „Annales de Géographie“ mitteilen, hielt sich dieses Forscherpaar nicht weniger als 16 Monate auf der Insel auf, um dort an den noch verbliebenen 250 Einwohnern ethnographische Studien zu machen. Während seines Aufenthaltes legten, wie auch sonst wohl, manchmal Kriegsschiffe dort an, so auch das Geschwader des Admirals v. Spee und später der Kreuzer „Güldenlöwe“.

Küster dem Rano Raraku, dem Berge der Statuen, besitzt die Insel noch zwei Vulkankegel an ihren anderen beiden Ecken: im Südwesten den 318 Meter hohen Rano Kao, den heiligen Berg der Eingeborenen, und im Norden die höchste Erhebung mit 500 Metern. Im übrigen bildet die Insel eine Ebene von 15 bis 30 Metern Höhe, die durchweg mit Kräutern bestanden ist. Die spärlichen Sträucher, die früher vorhanden waren, sind dem Vieh zum Opfer gefallen, das eine australische Gesellschaft auf der Insel werden ließ. Den Viehhirten ist nichts heilig; gedankenlos vernichten sie Kolosse und zahllose Terrassen, wenn sie Material zur Einfriedigung ihrer Weidenplätze brauchen.

Der vielfach von Gelehrten ausgesprochenen Ansicht, die Bearbeitung jedes der Kolosse habe bei den primitiven Obsidianwerkzeugen lange Zeit in Anspruch nehmen müssen, tritt Wes. Knudsen entgegen. Da das Gestein ein weiches, leicht zu bearbeitendes Lauffa ist und nach den unvollendeten unvollständigen Stücken stets mehrere Arbeiter zugleich am Werk waren, schätzte er die Herstellungsdauer auf kaum mehr als 14 Tage. Man kann sich nicht leicht vorstellen, auf welche Weise die Kolosse von dem Steinbruch an ihren Standort befördert worden sind. Es ist aber jetzt gelungen, festzustellen, daß für die Beförderung eigene Straßen angelegt waren, von denen man noch einige, wenn auch fast verwischte Spuren gefunden hat.

Ebenso interessant wie die steinernen Denkmäler der Vorzeit erwies sich die Lebersteinerz, die auf einen alten, fast in Vergessenheit geratenen Kalkstein schließen lassen. Gegenstand der göttlichen Verehrung war ein Vogel, der alljährlich im Frühjahr die Insel zum Brüten ansetzt. Wer das erste Ei fand, erwies dadurch eine Art Heiligkeit für seine Person, verdrängte Vorräte und Tabak. Es wird sogar vermutet, daß die Statuen solche Vogelheiligen darstellten. Auf diesen Vogelkultus weisen ferner riesige, auf Fels gravierte Bilder von Menschen mit Vogelköpfen hin, von denen man auf der Insel 111 Stück fand. Wahrscheinlich beruhte die göttliche Verehrung jenes Vogels auf einer gewissen Dankbarkeit dafür, daß er der Insel durch seine Eier zu Nahrung verhalf. Man fand auch noch Holzstatuen, die einer etwas neueren Zeit angehören.

In einer Diskussion der Royal Geogr. Soc. vertrat Forbes die Ansicht, die Kultur der Osterinsel stehe im Zusammenhang mit der Urzivilisation von Peru, vor der Zeit der Inkas, weil auch dort zahllose Terrassen, und zwar in großer Zahl vorhanden sind, mittels deren die Ureinwohner den schichtartigen Vornahängen ihre hängenden Gärten und Felder abtrotzten. Nach Ansicht der anderen Gelehrten, wie Thomson und Howarth, weist aber die Kultur der Osterinsel nach Westen. Denn auf Tahiti und den Salomoneninseln hat man Holzstatuen von ähnlichem Typ, auch Vogelheiligen, gefunden, ebenso bei den Saktas in Innerindien. Man nimmt daher an, daß die Urbevölkerung bei den großen Paläolithenwanderungen auf die Insel gelangt sei, oder daß später dort ein größerer Völkerverkehr bestanden habe, das durch vulkanische Ereignisse

gestört worden sei. Aber alle an der Diskussion teilnehmenden Gelehrten waren sich darüber einig, daß die gegenwärtigen Eingeborenen, ein Mischvolk aus dunkleren und helleren Elementen, mit der Urbevölkerung nichts mehr zu schaffen hat. D—r.

Lessing-Theater: „Damasus“, I. Teil.

Der Neueinstudierung des ersten Teils der Strindberg'schen „Damasus“-Dichtung, der vor ein paar Jahren mit Kanfker in der Hauptrolle bei Barnowsky zum erstenmal auf einer deutschen Bühne erschien, soll noch in diesem Spieljahr die Aufführung der beiden anderen Teile des eigenartigen Werkes folgen. Der Dichter schuf es am Ende der neunziger Jahre, nach jener Periode, als unter den Auswirkungen einer unglücklichen Ehe sein Verfolgungswahn hervorbrach und die Fremde fürchteten, er werde aus der Welt verworrenen Einbildungen nie mehr die Mäßigkeit zum produktiven Schaffen finden. Die Ähnlichkeit der zerrissenen, in einem unbestimmten Mittelreich von Trauma und Wirklichkeit vorübergehenden Szenen, denen die Phantasie des Lesers launig zu folgen vermag, im Spiegel der Bühne den Glimmen lebhaft vorzuführen, war von Erfolg gekrönt. Eine in die Stimmung des Ganzen sich tief einfindende Musik- und Schauspielkunst brachte die Wirkungsunmöglichkeit, die das Stück enthält, zum Klagen. Schlossen sich auch die Szenen bei der steigenden Willkür der Fiktion nicht zu einem vollen Grundriss zusammen, so tauchten in dunkel flatternden Strömen doch eine Reihe scharf umrissener, ruhiger und klarer in einem Mann des inneren Viterlebens hineinziehender Bilder auf. Das Werk hat so auf viele Tausende gewirkt. Mit dem hohen und weiten Phantasiefeld, dem Strindberg's Kollisionspunkt in seinem bald darauf entstandenen „Traumspiel“, diesem Weltgemälde menschlichen Leidens, nahm, kann sich „Nach Damasus“, dieser dramatisierte Monolog der Selbstanklage und der Wess, der, abgewandt vom Typischen, wesentlich pathologischen Charakter trägt, freilich nicht vergleichen. Dort wird die Dichtung zu einem Dokument der allgemeinen Tragik menschlicher Natur; hier gibt sie wissenschaftlich nur Zeugnis von ihres Schöpfers eigener Zerrissenheit. Die Sinnesänderung, die dem Bewusstseins auf seinem wunderlichen Wege kommen soll, hat wenig menschlich Ueberzeugendes, und wird gelegentlich durch die Verwendung mit Teufelstern, ein Jünger der ähnlich sich bei Strindberg über wiederholt — arg entlehnt. Von seiner Leidenswanderung zurückgeführt an den Vorjäger Pich, wo wir den „Unbekannten“ in der ersten Szene sehen, findet er den erlebten Weldbrief des Verlegers, dessen Ausbleiben ihn in so gewaltig blasphemischen Horn verlegte, auf dem Postamt. Der liebe Gott scheint dadurch rehabilitiert, und der Verdächtige und Beschämte läßt sich von seiner Freundin nach einigem Widerstreben in die Kirche geben.

Theodor Loos, der jetzt an Stelle Kanfkers den Helden gibt, löste die Aufgabe in dem durch seine periodische Eigenart geprägten Rahmen vorzüglich. Befragt er nicht die störrische, elementare, zurückgekehrte Kraft, die in dem Spiele Kanfkers doch hinter allen Verdrängungen hervorkam, so stimmte seine ätzend-neröse Empfindlichkeit für jedes Schmerzgefühl, die dunkelweiße Leidensfärbung des Organs, die schärfste vergeistigte Gestalt, ein Bild des trübseligen Umhergetriebenen, mit sich und aller Welt Bekannten darum nicht weniger gut. Dieser mehr künstlerisch feminine Typus der Figur hat in dem Stücke ebenso sein Recht wie Kanfkers düstere Männlichkeit. Die „Mutter“ der Jula Grünig und die sympathische Gesehite des Jeanlein Vasa Voss sind aus der Freiaufführung noch in Erinnerung. Unter der Neubearbeitung der freien Rollen interessierte vor allem Kurt Göy als Decker und Doppel-Jack des „Unbekannten“. Es gelang ihm, bei markanter Charakteristik zugleich den Ton des Traumschöpfers überraschend glücklich festzuhalten.

Notizen.

- Konzertchronik. Im Blüthner-Saal findet Sonntag, abends 8 1/2 Uhr, ein Kammermusikabend des Blüthner-Gesellschafts statt.
- Vorlesungen. Dr. M. H. Waage beginnt am Montag, den 14. Januar, in der Humboldt-Universität (Georgenstr. 30/31) je eine Vortragsreihe: 1. Das Seelenleben des Kindes. 2. Liebe, Ehe und Familie im Wandel der Zeiten.
- Die Arbeiter-Hochschule veranstaltet im Januar bis März wieder eine Reihe von Vorlesungen: Führungen in Volkshaus und Unterhaltungsabende. Hörsaalvermittlung Sonnabend 8 Uhr C. Niederwallstr. 12. Dr. Koerber spricht über: „Der Wert der Bildung“. Gustav Müller über: „Ziele und Aufgaben des Vereins“. Vorkursungsverzeichnisse und Karten Neue Friedrichstr. 53/56 II, Zimmer 88.

Töchter der Hekuba.

Ein Roman aus unserer Zeit von Clara Siebig.

Sie warf einen scheuen Blick um sich. Das Zimmer war groß, in seiner Tiefe hinter den breiten geschnitzten Schränken lauerten Schatten. Jeden Abend leuchtete sie die Winkel ab: da konnte sich gut jemand verstecken. Und wenn einer in die große Linde im Vorgarten kletterte und auf dem breiten Ast, der sich bis zum Balkon streckte, weiter rutschte, war es ein Leichtes, sich ins Zimmer zu schwingen. Früher war ihr nie ein Gedanke der Furcht gekommen, da schlief ihr Mann neben ihr, jetzt fuhr sie zusammen bei einem Knacken in den Möbeln und wagte es nicht mehr, wie sie gewohnt war, nachts ein Fenster offen zu lassen. Die Läden mußten fest geschlossen werden. Und dann lag sie doch noch stundenlang mit weiten Augen, die Arme hinterm Kopf verfangen, und dachte. Gab es hier noch viele Frauen, denen es so ging wie ihr?

Hedwig Bertholdi hatte sich bis dahin nicht um andere gekümmert, sie war ganz ausgefüllt gewesen, nun mußte sie an die Krüger denken und an deren Sohn: wie mochte es wohl mit dem geworden sein? Ihr Mann hatte, ehe er fortging, deswegen noch an das Genfer rote Kreuz geschrieben. Ob die Krüger nun endlich etwas erfahren hatte? Sie ließ sich gar nicht sehen. Ihr ländlicher Garten lag still, man sah jetzt nur zuweilen eine Dame darin wandeln in den Abendstunden. Das war die Tochter von Erzellenz von Voigt, die „Italienerin“, wie ihr Mädchen sagte. Sie ging eigentlich nicht durch den Garten, sie schlief nur. Es war sehr still drüben.

Das Krüger'sche Haus war kein moderner und auch weiter kein geschmackvoller Bau; noch ein Haus aus alter dörflicher Zeit. Vor fünfzig Jahren mochte es wohl als etwas Besseres gegolten haben. Es war niedrig, langgestreckt und durch den dichten Fleu, der es umrahmte, ein wenig düster. Aber die kleinen blankgeputzten Fenster, die mit hellgelblichen Läden aus dem fast schwarzen Fleu herausfanden, gaben ihm etwas Sauberes. Der pausbäckige Junge, der früher, als der alte Krüger noch lebte, im Bushwerk des Vorgartens Sonntags einen Wasserstrahl geblasen hatte, sah jetzt auf dem Trocknen, aber er erinnerte an bessere Zeiten.

Daß Lili den Einfall haben konnte, sich diese Wohnung zu mieten! Frau von Voigt war verletzt, daß die Tochter

nicht auf die Dauer bei den Eltern wohnen bleiben wollte. Es war so viel Platz in der Villa, und wenn ihr Mann wieder im Felde war, war sie ganz allein; es war unnatürlich, daß jede von ihnen eine eigene Wohnung hatte. Die Tochter hätte sich nicht zu fürchten brauchen, sie würde sie in keiner Weise bevormunden. Doch sie hätte sich, einen Einwand laut werden zu lassen. Es war vielleicht auch klüger, Lili sich einmal ganz selber zu überlassen. Die Liebe der Mutter fühlte den Zwiespalt in der Seele der Tochter. War die nicht schlimmer daran als all die Frauen hier, die den Mann draußen hatten? War nicht sogar das arme Weib, die Reimachfran, besser daran?

Beim Fensterputzen von Frau Kossis neuer Wohnung hörte man die Dombrowski lustig singen. Sie trällerte den neuesten Gassenhauer so laut, daß die Leute, die vorbeigingen, Anstoß daran nahmen und die Krüger unten aus ihrem Fenster den Kopf reckte: „Se'n Sie doch stille!“

Frau von Voigt hatte eigentlich schon die Absicht gehabt, die Dombrowski nicht mehr zu nehmen — die ließ in der letzten Zeit nach in der Arbeit — aber sie konnte es nun doch nicht übers Herz bringen. War es nicht gut, daß diese arme Frau, die sich mit ihren Kindern kümmerlich genug durchbringen mußte, der der Mann jeden Tag totgeschossen werden oder als Krüppel heimkommen konnte, sich die Heiterkeit der Seele bewahrt hatte? Und war es ein Wunder, daß das Weib der täglichen Arbeit nicht auch einmal überdrüssig wurde — wurde man denn nicht selber auch müde? Oh ja!

Nun ging der Sommer schier zu Ende, der Herbst begann; wie reif schon die Äpfel wurden unten im Garten der Witwe Krüger! Bald fing der zweite Kriegswinter an. Und noch immer kein Ende. Würde der Krieg denn ewig dauern?! Frau von Voigt fand nicht den Mut, ihren Mann anzusprechen. Ihre Bekannten drängten immer: „Was sagt Ihr Mann? Der weiß doch gewiß Näheres. Erzählen Sie doch, was sagt der General?“ Der sagte gar nichts. Er zuckte nur die Achseln und machte eine Gebärde wie: wer weiß.

„Wenn Du etwas Abgelegtes hast, gib es doch der Dombrowski“, sagte Frau von Voigt zu ihrer Tochter. „Sie hat ein kleines Mädchen, für das kann sie etwas daraus nähren.“ Und Lili, die bei der Lieberstiedlung in die neue Wohnung in ihren Koffern kramte, gab. Sie hatte eine völlige Gleichgültigkeit gegen ihre Sachen, sie wußte es nicht mehr, daß sie früher viel Wert darauf gelegt hatte, sich schön zu kleiden.

Ein ganzes weißes Kleid, in dem sie ihr Mann besonders gern gesehen hatte, zerrte sie aus dem Koffer. Sie schleuderte es von sich, als verbrenne das duftige Gewebe ihr die Finger. Ein wütender Schmerz durchjuckte sie; nie mehr, nie mehr würden seine Arme sich um dieses Kleid legen. Hier — hier hätte seine Hand oft geruht, war zärtlich die Falten auf und ab geglitten. Ach, in diesem Kleid, in diesem Kleid! Wie war er entzückt über ihre Schönheit gewesen.

Sie schloß wie träumend die Augen. All die glücklichen Stunden, die sie in diesem Kleide verbracht hatte, pochten bei ihr an. Felsenicher hatte sie ihr Glück gewohnt, dauernd bis zum Tode — sie zuckte zusammen. Mit starren Augen sah sie in eine Ecke, ihre Lippen erblähten; oh, warum mußte sie jetzt so oft an den Tod denken, an seinen Tod? Er war dem Tod nahe, täglich, stündlich, jede Minute. Der Tod lauerte ihm auf hinter den Felsenrippen der Berge, und wenn er kein Beschloß auf ihn abschleifte, so stürzte er ihn vielleicht hinunter in fürchtbare Schlünde.

„Mein Gott, mein Gott!“ Sie stöhnte auf. Es war auf einmal nichts mehr von dem da, was sich trennend zwischen ihm und ihr aufgetürmt hatte. Was galt ihr noch Deutschland, Vaterland, Vaterhaus? Er war ihr Mann, der Mann, den sie liebte, und er war in Gefahr. In der Angst um sein Leben vergaß sie den Zwiespalt, in dem sich ihre Seele quälte.

Die junge Frau versenkte das weiße Kleid, sie mochte es nicht mehr unter ihren Sachen wissen; anzusehen würde sie es ja doch nie mehr, dachte sie in ihrer plötzlichen Hoffnungslosigkeit.

Aber die Dombrowski dachte gar nicht daran, ihrer Kleinen ein Kleidchen daraus zu nähren. „Viel zu schade für das Mädel.“ Sie ersuchte Fräulein Hieselbach, es für sie weiter zu machen. „Aber nicht zu billig, ja nicht zu billig!“ Sie wollte gern schlant sein.

Gertrud war förmlich erschrocken: was fiel denn der Dombrowski ein? In dem Kleid konnte sie doch nicht ausgehen, selbst Sonntags nicht.

„A warum denn nicht?“ Die Frau war beleidigt. „Sie denken wohl auch, wenn eine nicht von 'is, darf sie nicht hübsch sein? Na, das wer ich Ihnen aber mal beweisen.“ Und sie zog den Leib ein und prekte mit beiden Händen ihre starken Hüften herunter. „Los! Probieren Sie mal an, probieren Sie mal an. Ich sag Ihnen, wie for mir gemacht!“

(Fortf. folgt.)

Die Erbschaftwahl in Baugen.

Baugen, 11. Januar. (Eig. Drahtber. d. „Vormärk“) Bei der heutigen Reichstagswahl im hiesigen Kreise erhielten

Hilg (Soz.)	6116 Stimmen
Fodor (Fortf.)	3525 "
Sermann (Konf.)	6957 "

Es findet also Stimmgleichheit zwischen Hilg und Sermann statt. Die Anhänger eines Selbständigkeitskrieges haben rund zehntausend Stimmen aufgebracht, die eines Annektionsfriedens nur rund hunderttausend. Wenn bei der Stichwahl die zurzeit im Reiche herrschende Parteienstellung zur Geltung kommt, darf die Wahl Hilg als gesichert betrachtet werden.

Bei der letzten Wahl entfielen auf den verstorbenen Gräfe (Kof. Partei) in der Hauptwahl 13354, auf den Sozialdemokraten 11412, auf den Fortschrittler 7689, auf das Zentrum 700 Stimmen. In der Stichwahl wurde dann Gräfe mit 17340 Stimmen gewählt, während Genosse Bud 15092 Stimmen auf sich vereinigen konnte.

Der Schrei nach Hefserich. Im „Hannoverschen Tageblatt“ richtet der hannoversche Stadtdirektor Traam, bekannt als alldeutsche Größe, eine offene Anfrage an die deutsche Reichsleitung: „Der führt die wirtschaftlichen Verhandlungen in Brest-Litowsk für Deutschland? Ist Erzengel Hefserich mit der Leitung dieser großen Aufgabe betraut? Und wenn nicht, aus welchem Grunde bleibt diese starke Persönlichkeit in dieser ersten Stunde des Kaiserreiches ausgeschaltet, weshalb weiß er nicht in Brest-Litowsk? Herr Traam mag ganz beruhigt sein. Gewisse Kenner haben es für eine der schwierigsten Aufgaben des Jahrhunderts erklärt. Herrn Hefserich auszuschalten oder seine Einschaltung zu verhindern, wo er sich selbst für unentbehrlich hält.“

Eine schreckliche Drohung hat dieser Tage im rheinischen Städtchen Rörd der vaterlandsparteiliche Stadtratsordner Fabrikbesitzer Pieper ausgesprochen. Bei der Wahl eines Festauschusses zur Vorbereitung der Kaisers-Geburtsstagsfeier bemerkte er: „Mit der Kaisers-Geburtsstagsfeier werde es in diesem Jahre nicht viel werden. Für diese Feier werde keine Stimmung vorhanden sein, denn mit einem annektionslosen Frieden schließen“. — Nun weiß die Regierung, was ihrer wartet. Sichert sie einen annektionslosen Frieden, so droht der Kaiserstreich der Kaisers-Geburtsstagsfeier. Dies Risiko ist in der Tat zu groß.

Balfour über die Kriegsziele.

London, 10. Januar. Der Minister des Auswärtigen Balfour hielt in Edinburgh eine Rede über die Kriegsziele. Er begann mit einem Hinweis auf das völlige sympathische Einverständnis, welches jetzt die beiden großen Kreise der englischsprachigen Welt zu gemeinsamer Anstrengung für die große gemeinsame Sache verbindet, sollte Wilson hohes Lob und scharfe Kritik aus:

Obwohl einige Lippenchen geändert worden sind, wird doch niemand, welcher die letzten großen Erklärungen Lloyd Georges und Wilsons ansieht, behaupten, der Welt, welcher Großbritanniens und seine Alliierten in diesen langen Jahren mühevollen Krieges befehlt hat, habe irgendeine wesentliche Aenderung erfahren. (Beifall.) Wir gingen niemals in den Krieg für selbstsüchtige Zwecke und wir werden den Krieg auch nicht um selbstsüchtiger Zwecke willen zu Ende kämpfen. (Beifall.) Wenn keine wesentliche Aenderung in den Kriegszielen der Alliierten stattgefunden hat, so kann ich wenig Besserung in der gegenwärtigen Haltung Deutschlands und seiner Trabanten sehen. Nur in einer Hinsicht kann ich eine leichte Aenderung erblicken. Die Räte, welche die zuerst durch Wilson, als die Vereinigten Staaten noch neutral waren, dann durch den Papst und später durch die Staatsmänner der Ententemächte Europas aufgefodert wurden, ihre Kriegsziele zu erklären, haben sich sukzessive geweigert, die Einladung anzunehmen. Am nächsten sind sie ihr mit dem Jugendverständnis gekommen, daß es für die Menschheit eine Wohltat sein würde, wenn nach dem Kriege Vereinbarungen getroffen werden könnten, durch welche zukünftige Kriege vermieden werden könnten. Bevor sie gelernt hatten, was ein Krieg wirklich für sie bedeuten kann, und sie haben viel gelernt während der letzten paar Jahre und werden möglicherweise in den kommenden Monaten noch mehr lernen (Beifall), war es fast ein Gemeinplatz für die deutschen politischen Theoretiker zu sagen, daß der Krieg Teil einer gottgewollten irdischen Einrichtung, das große Werk des Fortschritts sei, daß der Triumph des Stärken über die Schwachen die einzige Methode, durch die Fortschritt erzielt werden könne, sei und daß der Erfolg im Kampf der wahre Maßstab für das Verdienst sei. Nur die Tatsache, daß sich deutsche Volkstücker nunmehr, wenn vielleicht auch nur mit Worten, in den Dienst der Friedenssache, der Sache internationaler Schiedsgerichtsbarkeit, internationaler Vereinbarungen zur Verhütung künftiger Kriege stellen, ist es, was uns eine leichte Besserung ihrer Geisteskraft angeht. Ich hoffe, sie selbst auch eine Besserung in dem großen Gebiet ein, wo eine solche noch nicht hervorgetreten ist, nämlich eine Besserung in Bezug auf die anderen Streitfragen. Bisher kann ich nicht wahrnehmen, daß sie selbst den Absichten zu verstehen angefangen haben, mit dem ihr Vorgehen auch den beharrlichsten Schüler deutscher Methoden und deutscher Ziele erfüllt hat.

Letzte Nachrichten. Brest-Litowsk.

Einsetzung der Spezialkommission.

Brest-Litowsk, 11. Januar. Im Sinne des in der gestrigen Plenarsitzung gefassten Beschlusses traten gestern nachmittags Verhandlungen der Delegationen Deutschlands, Oesterreich-Ungarns und Rußlands zu einer Besprechung zusammen. Es wurde vereinbart, daß die von der russischen Delegation am 27. Dezember 1917 vorgeschlagene Kommission zur Beratung der politischen und territorialen Fragen gebildet werden solle und daß parallel mit den Beratungen dieser Kommission Vorbesprechungen der Referenten der einzelnen Delegationen über die Regelung der wirtschaftlichen und rechtlichen Fragen stattfinden hätten. Es wurde des Weiteren vereinbart, daß die erweiterte Kommission am 11. Januar, vormittags 10 Uhr, ihre Beratungen beginnen sollte. Von deutscher und österreichisch-ungarischer Seite wurden in die Kommission entsandt:

Die Vorsitzenden der beiden Delegationen, je ein diplomatischer und militärischer Beigeordneter und je zwei Sekretäre. Die russische Delegation bezieht sich die Beschlüsse über die Zahl der in die Kommission zu entsendenden Mitglieder vor. Diese Kommission hat sich heute vormittags 10 Uhr konstituiert und ihre Beratungen begannen, die um 1 Uhr nachmittags unterbrochen und um 1/2 Uhr fortgesetzt wurden.

Erhebliche Verkehrsstörung.

München, 11. Januar. Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich: Der gesamte Durchgangsverkehr nach dem Norden ist infolge weiter Schneeverwehungen unterbrochen. Zur Befestigung ist militärische Hilfe herangezogen.

Brest-Litowsk.

Anerkennung der Ukraine. — Trozkis Verzicht auf Stockholm

Brest-Litowsk, 10. Januar. Die gestern unterbrochene Plenarsitzung wurde vormittags 11 Uhr unter dem Vorsitze des Staatssekretärs von Kühlmann fortgesetzt. Als erster Redner führte der ukrainische Staatssekretär für Handel und Industrie Holubowitsch folgendes aus:

Verehrte Herren und Damen! Die durch den Krieg erschöpften und gequälten Völker sehnen sich nach Frieden. In dieser Sehnsucht nach Frieden haben die Vertreter der Demokratie Großrußlands, ohne Rücksicht zu nehmen auf die Angriffe seitens eines Teiles der russischen Gesellschaft und der Presse, Kühn die Schützengräben der kriegsführenden Mächte zu dem Zwecke überschritten, um nicht auf dem Schlachtfelde durch Blut und durch Eisen, sondern auf dem Wege freundschaftlichen Uebereinkommens zwischen den Völkern den für die ganze Welt erwünschten allgemeinen Frieden zu erreichen. Nachdem mit den Friedensverhandlungen begonnen worden ist, und die Prinzipien des Friedens bekanntgegeben worden sind, haben Sie, verehrte Herren, mit Recht eine Pause von zehn Tagen eintreten lassen, um dadurch den Staaten, die bisher an den Friedensverhandlungen nicht teilnahmen, die Möglichkeit zu geben, diesen beizutreten. Unser Staat, die ukrainische Volksrepublik, deren Volk jetzt zum Frieden geneigt war, hat als erster auf Ihren Ruf geantwortet. Nachdem durch das Universal der ukrainischen Zentralrada vom 7. 20. November die staatliche Stellung bestimmt war, nimmt die ukrainische Volksrepublik im gegenwärtigen Augenblicke ihre internationale Existenz wieder auf, die sie vor mehr als 250 Jahren verloren hat und tritt jetzt in vollem Umfange der ihr auf diesem Gebiete zukommenden Rechte in internationale Beziehungen ein. Auf Grund der obigen Darstellung hält es das Generalsekretariat der Regierung der ukrainischen Volksrepublik für richtig, auf den jetzigen Friedensverhandlungen eine selbständige Stellung einzunehmen und hat die Ehre, den Regierungen der hier vertretenen Mächte

folgende Note

zu überreichen. Die Regierung der ukrainischen Volksrepublik — das Generalsekretariat — bringt hiermit allen kriegsführenden und neutralen Staaten folgendes zur Kenntnis:

Mittels des Universals Nr. III der ukrainischen Zentralrada vom 7. 20. November 1917 wurde die ukrainische Volksrepublik proklamiert und wurde durch diesen Staatsakt die völkerrechtliche Stellung der letzteren bestimmt.

Die Schaffung eines föderativen Bundes aller im gegebenen Momente auf dem Territorium des ehemaligen russischen Kaiserreiches entstandenen Republiken aufstrebend, läßt die ukrainische Volksrepublik durch das Generalsekretariat, bis zum Zeitpunkt der Bildung einer gemeinsamen Bundesregierung in Rußland sowie der Regelung der völkerrechtlichen Vertretungsfrage zwischen der ukrainischen Volksrepublik einerseits und der Bundesregierung des künftigen Staatenbundes andererseits, selbständige völkerrechtliche Beziehungen an. Das Generalsekretariat erachtet es somit für unumgänglich, alle Staaten und Völker der Welt über das Verhalten der ukrainischen Volksrepublik gegenüber den Friedensverhandlungen, die dieser Tage in Brest-Litowsk zwischen den Vertretern des Kais der Volkskommissare einerseits und den Regierungen der gegen Rußland Krieg führenden Mächte andererseits beginnen, in Kenntnis zu setzen.

Unerschütterlich daran festhaltend, daß der gegenwärtige Krieg für alle Staaten und insbesondere für die arbeitenden Massen eines jeden Staates das schwerste Uebel bedeutet, daß alle kriegsführenden Staaten etwaigen Eroberungsabsichten entsagen und die Friedensverhandlungen unbeeinträchtigt einleiten sollten, hat die ukrainische Zentralrada, das Parlament der ukrainischen Republik, es für unumgänglich befunden, gleich nach der Verkündigung der ukrainischen Republik eine aktive Politik in der Friedensfrage einzuleiten. Die ukrainische Zentralrada hat also, nachdem sie in ihrem dritten Universal die Notwendigkeit eines unbedingten Friedensschlusses verkündigt hat, es für unumgänglich erachtet, die Schließung eines Waffenstillstandes zu erstreben; zu diesem Zwecke wurden Vertreter des Generalsekretariats an die Südwestfront sowie an die rumänische Front, die gegenwärtig zu einer einzigen ukrainischen Front unter der Leitung der Regierung der ukrainischen Volksrepublik vereinigt sind, geschickt. Gleichzeitig hat die ukrainische Zentralrada das Generalsekretariat beauftragt, die verbündeten Mächte von diesen Verhandlungen in Kenntnis zu setzen, was seinerzeit seitens des Generalsekretariats auch vollzogen worden ist. In der Folge, als der Rat der Volkskommissare im Einverständnis mit den Regierungen der gegen Rußland Krieg führenden Staaten die Waffenstillstandsangelegenheit an allen Fronten Rußlands in die Hand genommen hat, hat das Generalsekretariat seine Vertreter nach Brest-Litowsk behufs Kontrolle und Information geschickt. Hierbei erachtet das Generalsekretariat es für notwendig hervorzubeden, daß die Vertreter des Rates der Volkskommissare, ungeachtet dessen, daß sie über die Ankunft der Delegierten der Regierung der Ukraine zwecks Teilnahme an den Verhandlungen in Kenntnis gesetzt worden waren, einen allgemeinen Waffenstillstand selbständig ohne jedes Einverständnis mit der ukrainischen Volksrepublik festgestellt haben.

Gegenwärtig, da der Rat der Volkskommissare, gemäß dem letzten Punkte der Bedingungen des allgemeinen Waffenstillstandes, die Friedensverhandlungen mit den Regierungen Deutschlands, Oesterreich-Ungarns, der Türkei und Bulgariens in Brest-Litowsk beginnt, erklärt das Generalsekretariat im Namen der ukrainischen Volksrepublik folgendes:

1. Die gesamte Demokratie des ukrainischen Staates strebt die Beendigung des Krieges in der ganzen Welt, einen Frieden zwischen allen gegenwärtig kriegsführenden Staaten, einen allgemeinen Frieden an.
2. Der zwischen allen Mächten zu schließende Friede muß demokratisch sein und einem jeden, auch dem kleinsten Volke, in jedem Staate das volle, durch nichts beschränkte nationale Selbstbestimmungsrecht sichern.
3. Für die Ermöglichung des wirklichen Willensausdrucks der Völker müssen entsprechende Garantien geschaffen werden.
4. Es ist demnach jegliche Annexion, d. h. jedwede gewaltsame Angliederung oder Uebergabe irgend eines Landteiles, ohne Einverständnis seiner Bevölkerung unzulässig.
5. Ebenso unzulässig sind vom Standpunkte der Interessen der arbeitenden Massen jedwede Kriegsschädigungen, welche Form auch immer ihnen beigegeben würde.
6. Kleiner Völkern und Staaten, die infolge des Krieges beträchtlichen Schaden oder Verwüstungen erlitten haben, muß gemäß den Regeln, die auf den Friedenskongressen ausgearbeitet werden müssen, materielle Hilfe erwiesen werden.

7. Die ukrainische Volksrepublik, die gegenwärtig auf ihrem Territorium die ukrainische Front befestigt hält und in völkerrechtlichen Angelegenheiten vertreten durch ihre Regierung, welcher der Schutz der ukrainischen Volksinteressen obliegt, selbständig auftritt, muß gleich den übrigen Mächten an allen Friedensverhandlungen, Konferenzen und Kongressen teilnehmen können.

8. Die Macht des Rates der Volkskommissare erstreckt sich nicht auf ganz Rußland, demnach auch nicht auf die ukrainische Volksrepublik. Es kann daher der aus den Verhandlungen mit den gegen Rußland Krieg führenden Mächten eventuell resultierende Frieden für die Ukraine nur dann verpflichtend werden, wenn die Bedingungen dieses Friedens durch die Regierung der ukrainischen Volksrepublik angenommen und unterzeichnet würden.

9. Im Namen des gesamten Rußlands kann nur diejenige Regierung (und zwar ausschließlich eine Bundesregierung) Frieden schließen, die von allen Republiken und staatslich organisierten Gebieten Rußlands anerkannt sein würde. Wenn aber eine solche Regierung in der nächsten Zeit nicht gebildet werden könnte, so kann diesen Frieden nur die geeinigte Vertretung jener Republiken und Gebiete schließen.

An dem Prinzipie eines demokratischen Friedens unerschütterlich festhaltend, strebt das Generalsekretariat gleichzeitig die möglichst rasche Herbeiführung dieses allgemeinen Friedens an und legt großes Gewicht allen Versuchen, die seine Verwirklichung näher bringen können, bei. Das Generalsekretariat hält es daher für unumgänglich, seine Vertretung auf der Konferenz in Brest-Litowsk zu befehlen, indem es gleichzeitig hofft, daß die endgültige Lösung der Friedensangelegenheit auf einem internationalen Kongresse erfolgen wird, zu dessen Bekleidung die Regierung der ukrainischen Volksrepublik alle kriegsführenden auffordert.

Der Präsident des Generalsekretariats:
Winnitschenska.

Der Staatssekretär für internationale Angelegenheiten:
Schulgin.

In Erwiderung auf die Ausführungen des ukrainischen Staatssekretärs Holubowitsch erklärte der Vorsitzende, Staatssekretär von Kühlmann:

Meine Herren! Wir haben von den Ausführungen des Herrn Vorsitzenden der ukrainischen Delegation und von dem Inhalte der uns gemachten Mitteilungen mit lebhaftem Interesse Kenntnis genommen. Ich schlage vor, daß die ukrainische Note als wichtiges historisches Dokument dem Akte des Kongresses einverleibt werde. Die Vertreter der verbündeten Mächte begrüßen im Sinne ihres Telegramms vom 26. Dezember 1917 die in Brest-Litowsk erdichteten ukrainischen Vertreter. Die Vertreter der verbündeten Mächte behalten sich ihre Stellungnahme zu den Einzelheiten der Ausführungen der ukrainischen Delegierten vor.

Anschließend hieran sprach der Vorsitzende den Wunsch aus, einige Fragen zu stellen, um die Unterlagen für die Beschlussfassung der verbündeten Mächte zu schaffen. Bisher sei mit den Vertretern der Petersburger Regierung über sämtliche, das russische Gebiet betreffende Angelegenheiten verhandelt worden. Es müsse daher an den Vorsitzenden der Delegation der Petersburger Regierung die Frage gerichtet werden, ob er und seine Delegation auch ferner die Angelegenheiten des gesamten Rußlands hier diplomatisch zu vertreten beabsichtigen.

Herr Trozki gab hierauf folgende Erklärung ab:

In Kenntnis der durch die ukrainische Delegation veröffentlichten Note des Generalsekretariats der ukrainischen Volksrepublik erklärt die russische Delegation ihrerseits, daß sie im vollen Einvernehmen mit der grundsätzlichen Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts jeder Nation bis zur vollen Lokalisation kein Hindernis für die Teilnahme der ukrainischen Delegation an den Friedensverhandlungen finde.

Ueber die Bedeutung dieser Erklärung entspann sich eine längere Diskussion, die schließlich in die Frage zusammengefaßt wurde, ob die ukrainische Delegation eine Unterabteilung der russischen Delegation darstelle oder ob sie in diplomatischer Beziehung als Vertretung eines selbständigen Staates zu behandeln sei. Diese Frage wurde von Herrn Trozki dahin beantwortet, daß er sie als erledigt betrachte, da die ukrainische Delegation als eine selbständige Vertretung hier aufgetreten, da diese Vertretung von seiner Delegation anerkannt wurde und da von keiner Seite ein anderer Vorschlag gemacht worden sei. Der Vorsitzende der ukrainischen Delegation dankte hierauf dem russischen Vertreter für diese Stellungnahme und für die Art, in der diese aufgenommen worden sei. Er nehme an, daß dadurch die selbständige Stellung, die seine Abordnung bei den Friedensverhandlungen eingenommen habe, bestimmt sei, daß nämlich die ukrainische und die russische Abordnung zwei getrennte selbständige Delegationen derselben Partei bildeten.

Nachdem Staatssekretär von Kühlmann mit Zustimmung der Versammlung erklärt hatte, daß diese Präliminarfrage vorerit zwischen den Delegationen der Verbündeten beraten werden würde und ihre weitere Erörterung im Plenum vorbehalten bleibe, ergriff der erste Delegierte der russischen Delegation, Herr Trozki, das Wort und erklärte einleitend, er halte es für notwendig, vorerst

ein Mißverständnis zu beseitigen,

das sich in die Verhandlungen eingeschlichen habe. Die russische Delegation stelle fest, daß das offizielle in deutschen Zeitungen veröffentlichte Protokoll der Sitzung vom 27. Dezember 1917 in dem Teil, in welchem die Rede des Vorsitzenden der russischen Delegation wiedergegeben worden sei, dem entspreche, was sich in dieser Sitzung ereignet habe. Was das der russischen Delegation gegenüber unbekannt, mündliche oder schriftliche Telegramme der Petersburger Telegraphenagentur anbelange, auf welches sich die deutsche Presse und der Staatssekretär von Kühlmann berufen hätten, so müsse die russische Delegation hierüber zunächst Erklärungen einlegen.

Herr Trozki gab dann seinem Bedauern Ausdruck, daß dieses Mißverständnis, das in keinem Zusammenhange mit den Arbeiten der Delegation stehe, eingetreten sei. Was den von den militärischen Vertretern der drei anderen Delegationen unterzeichneten Protest des Generals Hoffmann gegen Artikel in der Presse, Rundsprüche, Aufrufe usw. betreffe, so müsse er erklären, daß weder die Bedingungen des Waffenstillstandes noch der Charakter der Friedensverhandlungen die Freiheit der Presse und des Wortes begrenzen. Nach diesen Vorbemerkungen ging Herr Trozki auf den Inhalt der von den Vorsitzenden der deutschen und österreichisch-ungarischen Delegation abgegebenen Erklärungen ein und führte aus:

„Fürs erste bestätigen wir, daß wir im vollen Einvernehmen mit dem vorher gefassten Beschluß

Die Friedensverhandlungen weiter führen wollen, ganz abgesehen davon, ob sich die Mächte der Entente anschließen oder nicht. Wir nehmen die Erklärung der Delegationen des Verbundes zur Kenntnis, daß die Grundlagen der allgemeinen Friedens, die in ihrer Deklaration vom 20. Dezember formuliert waren, jetzt hinsichtlich werden, da die Länder der Entente während der zehnjährigen Frist sich den Friedensverhandlungen nicht angeschlossen haben. Wir unterwerfen uns den von uns proklamierten Grundsätzen des demokratischen Friedens fest. Was den russischen Vorschlag auf

Verlegung der weiteren Verhandlungen auf neutrales Gebiet anbelangt, so sei dieser auf den Wunsch zurückzuführen, für beide Seiten gleich günstige Verhältnisse herzustellen. Die öffentliche Meinung Russlands nehme übrigens daran Anstoß, daß die russische Delegation Verhandlungen in einer von deutschen Truppen besetzten Stellung führe, zumal es sich hier um das Schicksal lebendiger Wesen handele.

Die technischen Schwierigkeiten, welche das Verlegen der Verhandlungen auf neutrales Gebiet mit sich bringt, könne die russische Delegation ebensowenig gelten lassen, wie die Furcht vor Reaktionen der Entente, gegen die sich Russland nicht zu schützen wisse. Unter Hinweis auf die von der maximalistischen Regierung bisher konsequent befolgte Friedenspolitik und die von ihr bewiesene Unabhängigkeit, bemerkte Herr Trotski weiter, er habe absolut keine Gründe anzunehmen, daß die Diplomatie der Entente auf neutralem Boden gegen den Frieden mit größerem Erfolge operieren könnte, als in Petersburg. Gegenüber der vom Vorsitzenden der österreichisch-ungarischen Delegation ausgesprochenen Befürchtung, die Regierungen Englands und Frankreichs könnten vor wie hinter den Russen verfahren, das Zustandekommen des Friedens zu verhindern, habe er es für nötig zu erklären, daß die maximalistische Politik ohne Rücksicht auf diese Befürchtung der alten Diplomatie durch das russische Volk zusammen mit vielen anderen Dingen im siegreichen Aufstand des 25. Oktober abgeschafft worden sei.

Wenn also noch Ansicht der russischen Delegation technische und politische Umstände das Schicksal des Friedens nicht unbedingt an Groß-Rußland als Verhandlungsort knüpfen, so vermöge die russische Delegation nicht an einem anderen, vom Reichkanzler erwähnten Argument vorüberzugehen. Gemeint sei jener Teil der Rede des Grafen Hertling, in der dieser außer auf das gute Recht und das legale Gewissen auch auf die Rechtfertigung Deutschlands hingewiesen habe. Die russische Delegation habe weder die Möglichkeit noch die Absicht zu bestreiten, daß ihr Land durch die Politik der bis vor kurzem herrschenden Klassen geschwächt sei; aber die Bestimmung eines Landes werde nicht nur durch den augenblicklichen Stand seines technischen Apparates bestimmt, sondern auch durch die ihm innewohnenden Möglichkeiten. Wie ja auch die wirtschaftliche Kraft Deutschlands nicht nur nach dem heutigen Stande seiner Versorgungsquellen beurteilt werden dürfe. Ebenso wie die große Revolution des 16. und die große Revolution des 18. Jahrhunderts die schaffenden Kräfte des deutschen und des französischen Volkes zum Leben geweckt habe, so seien durch die große Revolution in Russland die schaffenden Kräfte des russischen Volkes geweckt und entfaltet worden. Aber die russische Regierung habe an die Spitze ihres Programms das Wort „Frieden“ geschrieben, und die haben Sympathien, welche der russische Volk den Vorkämpfern der Versöhnung entgegenbringe, verhalten es in dem Wunsch, den schnellsten Frieden, der auf der Verständigung der Völker begründet sein werde, zu erreichen.

Um den Mächten des Verbundes den Vorwand eines Abbruchs der Friedensverhandlungen aus technischen Gründen zu entziehen, nehme die russische Delegation die Forderung an, in Brest-Litowsk zu bleiben. Sie bleibe in Brest-Litowsk, um seine Möglichkeit in dem Kampfe um den Frieden unausgenutzt zu lassen.

Indem die russische Delegation auf ihren Vorschlag wegen Verlegung der Verhandlungen auf neutralem Boden verzichte, beantrage sie zur Fortsetzung der Verhandlungen überzugehen. Auf Vorschlag des Vorsitzenden wurde dann beschlossen, am Nachmittag zwischen den Delegationen Deutschlands und Österreich-Ungarns einerseits und Russlands andererseits eine interne Beratung abzuhalten.

Gewerkschaftsbewegung

An die Gewerkschaften!

Der Gewerkschaftsbund Berlin, Ausschuss für Volksunterhaltungen, veranstaltet in der Zeit vom 10. Januar ab circa 100 Unterhaltungsabende in den verschiedensten Stadtteilen Berlins. Er hat in bereitwilligster Weise der Berliner Gewerkschaftskommission Vorkurs zu Vorzugspreisen zur Verfügung gestellt. Die Einfahrtkarte für die einzelne Person kostet im Vorverkauf 25 Pf., die Familienkarte — für fünf Personen gültig — 80 Pf. Die Preise verstehen sich einschließlich Garderobe. Die Einfahrtkarten sind vom Montag, den 14. Januar, ab in den Büros der Gewerkschaften zu haben.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.

Spaltung in sächsischen Gewerkschaftskartellen.

Die Einigung im Leipziger Gewerkschaftskartell, die schon gesichert schien, ist wieder in die Brüche gegangen. Am 26. November 1917 wurde bekanntlich eine Vereinbarung über den Wiedereintritt der aus dem Kartell ausgeschiedenen Gewerkschaften geschlossen. Am 18. Dezember faßte diese jedoch eine Resolution, in der sie als Voraussetzung ihres Wiedereintritts der Druck mit der Politik der Generalkommission und die Fühlungnahme mit allen Faktoren der Arbeiterbewegung, das heißt also der Reichstagsfraktion der Unabhängigen verlangten. Darin sah die Generalkommission einen Bruch der geschlossenen Übereinkunft und eine Anfechtung der Verhandlungen über Wiedereintritt dieser Resolution führten jedoch zu keinem Ergebnis, nur einige Vertreter der ausgeschiedenen Gewerkschaften erklärten, daß sie gemäß der Vereinbarung vom 26. November handeln würden.

Auch im Gewerkschaftskartell Rügeln ist eine Spaltung ausgebrochen. Ein Teil des Kartells beschloß den Anschluß an das Pirnaer Gewerkschaftskartell, die Metallarbeiter, Bauarbeiter, Transportarbeiter, Zimmerer, Brauereiarbeiter und Gutarbeiter schlossen sich jedoch aus zwingenden wirtschaftlichen Gründen dem Gewerkschaftskartell Dresden an. Selbstverständlich liegt letzten Endes dieser Spaltung der Parteistreit zugrunde.

Hierzu wird noch folgendes berichtet: Die Presse der Unabhängigen beschäftigt sich fortgesetzt mit Vorgängen, die mit der Auflösung des Gewerkschaftskartells Rügeln (Bezirk Dresden) bzw. mit seinem Anschluß an das Pirnaer Kartell zusammenhängen. Verschiedene Gewerkschaften haben nämlich nach der Auflösung des Rügeln Kartells den Wiedereintritt zum Pirnaer Kartell nicht bejehet, sondern für ihre Mitglieder im Gebiet des bisherigen Rügeln Kartells Anschluß an das Dresdener Gewerkschaftskartell gesucht. Für diese Haltung soll nun nach der Presse der Unabhängigen die Person des vom Dresdener Gewerkschaftskartell entlassenen früheren Dresdener Arbeitersekretärs Weiß, den sich die Unabhängigen im Pirnaer Bezirk zu ihrem Führer erkoren haben, maßgebend gewesen sein, und es wird behauptet, daß damit der politische Streit in die Gewerkschaften getragen werde. Tatsächlich hat die Haltung der betreffenden Gewerkschaften weder mit der Person des Weiß noch mit dem Parteistreit irgend etwas zu tun, wie eine kurze Darlegung des Sachverhalts zeigen wird.

Der Anschluß an das Gewerkschaftskartell Pirna wurde im Rügeln Kartell Ende vorigen Jahres mit 10 gegen 11 Stimmen beschlossen, wobei festzustellen ist, daß sich unter den 19 Beifürwortern des Anschlusses auch die Stimmen der (unabhängigen) Parteimitglieder im Gewerkschaftskartell befanden, obwohl diese nach dem Kartellstatut im Kartell zwar Sitze, aber kein Stimmrecht haben sollen. Neben den 11 Kartellvertretern, die gegen den Anschluß stimmten, anhielt sich noch eine Reihe von Delegierten der Abstammung, unter ihnen geschlossen die ganze Delegation des Metallarbeiterverbandes. Unter der Mehrheit von Delegierten, die sich für den Anschluß erklärten, steht also nicht die Mehrheit, sondern höchstens knapp ein Drittel der Gewerkschaftsmitglieder im Gebiete des bisherigen Rügeln Gewerkschaftskartells.

Tatsächlich haben nun verschiedene Gewerkschaften, und zwar

bis jetzt die der Metallarbeiter (auf Beschluß einer Vertrauensmännerversammlung), der Bauarbeiter, der Zimmerer, der Gutarbeiter, der Transportarbeiter und der Brauerei- und Mühlenarbeiter, die sämtlich ihren Mitgliedschaftslokalen in Dresden haben, dem in der geschiedenen Weise zustande gekommenen „Beschluß“ nicht Rechnung getragen, sondern vielmehr noch der Auflösung des Rügeln Kartells Anschließung an das Gewerkschaftskartell Dresden gesucht, an das sich auch das ganze Rügeln Kartell bis in die jüngste Zeit angeschlossen hat. So nahmen z. B. an den Verhandlungen und Versammlungen des Dresdener Kartells auch verschiedene Vertreter des Rügeln teil. Dieses enge Zusammenwirken ergab sich ganz von selbst aus dem Umstande, daß beide Kartelle im gleichen Wirtschaftsgebiet wirkten und daß das Groß-Dresdener Wirtschaftsgebiet auch das ganze Vertriebs- und Beschäftigungsgebiet des bisherigen Gewerkschaftskartells Rügeln in sich schließt. Gerade diese Tatsache und der weitere Umstand, daß sich das Pirnaer Kartell über ein vom Niederböhmer Rügeln-Bezirksrat grundbesitzendes Wirtschaftsgebiet erstreckt, bestimmte auch die Haltung der betreffenden Gewerkschaften.

Daneben war für diese Haltung noch maßgebend, daß die betreffenden Verbände in dem bisherigen Rügeln Kartellgebiet nicht eigene Mitgliedschaften haben, sondern daß die in diesem Gebiete wohnenden oder arbeitenden Mitglieder zu den Dresdener Verbänden gehören. Deren Aufnahmungs- und Beschäftigungsgebiet ist also auf das ganze Groß-Dresdener Wirtschaftsgebiet erstreckt. Es ging aus Gründen der Einseitigkeit der Bewirtung und des gewerkschaftlichen Interesses dieser Mitgliedschaften nicht an, die Mitglieder im bisherigen Rügeln Kartellgebiet dem gänzlich außerhalb dieses Groß-Dresdener Wirtschaftsgebietes liegenden und wirkenden Gewerkschaftskartell Pirna anzuschließen.

Doch sich eine Reihe von Gewerkschaften für den Anschluß der Mitglieder im bisherigen Rügeln Kartellgebiet an das Dresdener Kartell entschied, lag also ganz in der Natur der Sache. Die Entscheidung entsprach den Verhältnissen der betreffenden Gewerkschaftsmitgliedschaften, den wirtschaftlichen Verhältnissen und damit der Zweckmäßigkeit.

Parteinachrichten.

Für Freiheit im eigenen Land!

In einer von 1000 Personen besuchten Volksversammlung in Riesa (Niederrhein) sprach der Genosse Landtagsabgeordneter H. u. e. aus Eilen über: Die preussische Wahlrechtsreform und ihre Bedeutung für das werktätige Volk. Genosse H. u. e. formulierte in klaren Worten das reaktionäre Treiben des preussischen Landtages, seine heutige Zusammenkunft, die Pläne der Reaktion, dem Volk die gleiche Wahlrecht vorzuenthalten, und die Hege der Konservativen und schwerindustriellen Reaktion gegen den Verfassungskreislauf. Seine Ausführungen fanden bei den versammelten Massen überaus begeisterte Zustimmung. Eine Entschliessung im Sinne der Rede fand einstimmige Annahme.

Eine Wahlrechtsversammlung fand am Dienstag in Bremen statt. Genosse H. u. e. sprach über die preussische Wahlrechtsreform und über das Wahlrecht zur bremischen Bürgerschaft und Genosse H. u. e. sprach über die Forderung des Frauenwahlrechts. Die Ausführungen fanden ihren Niederschlag in einer einstimmig angenommenen Resolution.

In der Diskussion warf der „Unabhängige“ Klammer den „Regierungssozialisten“ vor, daß sie nicht energisch genug kämpften. Die Genossen Riendorf und Klein wiesen diese Angriffe tatkräftig zurück.

Jugendveranstaltungen.

Arbeiter-Jugendheim Berlin, Lindenstr. 3. Koron Sonntag, abends 8 Uhr: Vortrag des Genossen H. u. e. über: Baden und Strachen der Welt. — Am Dienstag: Geländebesprechung. — Am Freitag: Diskussionsabend.

Arbeiter-Jugend Schöneberg. Morgen Sonntag, abends 6 Uhr, bei Lehmann, Sedanstr. 53: Geistes-Veranstaltung.

Wintergarten
Anita Berber
Trude Hesterberg
Kurt Fuss
Jan Paul
sowie der
vollständig neue
Januar-Spielplan

Theater für Sonnabend, 12. Januar.
Central-Theater
Kammeroper
7 1/2 Uhr: Der lebende Leichnam.
Kammerspiele.
7 1/2 Uhr: Kinder der Freude.
Volkshaus.
Theater am Blüpplatz.
Untergrund. Schönb. Tor.
7 1/2 Uhr: Eppelkopf.
Dir. C. Reinhardt — R. Bernauer.
Theater 1/2 Königgrätzerstr.
7 1/2 Uhr: Strieberg-Abend.
Komödienhaus
7 1/2 Uhr: Die beiden Seehunde.
Berliner Theater.
7 1/2 Uhr: Die tolle Komtesse.
7 1/2 Uhr: Lila Märchenreise.

Deutsches Theater.
7 Uhr: Der Zigeunerbaron.
Friedrich-Wilhelmst. Theater
7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.

Kleines Theater
7 1/2 Uhr: Geldzanber.
Komische Oper
7 1/2 Uhr: Schwarzwaldfrauen.
Morg. 9 1/2 Uhr: Die Knechtstube.

Lustspielhaus
7 1/2 Uhr: Die blonden Mädchen v. Lindenhof
Morg. 9 1/2 Uhr: Ein toller Einfall.
Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: Die Nase von Stambul.
Morg. 9 1/2 Uhr: Die Kaiserin.

NATIONAL-THEATER
5 Minuten Inventionen. Göpenicker Str. 68.
Täglich 7 1/2 Uhr: Großer Erfolg! Täglich 9 1/2 Uhr: Studentenlieben.
Operette in 3 Akten. Mus. W. Bromme.
Sonntag 3 1/2 u. 7 1/2 Uhr: Studentenlieben.
Vorverkauf: 10 Pf., und ab 6 Uhr abends.

Berliner Konzerthaus
Mauerstraße 22. Zimmerstraße 90/91.
Heute:
Großes Konzert
des Berliner Konzerthaus-Orchesters.
Leiter: Komponist Franz von Eon.
Anfang 7 1/2 Uhr. Eintritt 20 Pf. Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag, den 14. cr.:
Bunter Abend
zum Besten der Kinderhilfe der Gefallenen d. 4. Gard.-Reg. z. F.

Neues Operettenhaus
Schiffbld. 4a. Kassent. Nr. 281
7 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie.
Residenz-Theater
7 1/2 Uhr: Lill Grün.
Schiller-Theater O
7 1/2 Uhr: Pauline.
Schiller-Th. Charl.
9 1/2 Uhr: D. Kithchen v. Kallbrook.
7 1/2 Uhr: Die selbige Exzellenz.
Theater-Theater
7 1/2 Uhr: Egon und seine Frauen.
Theater am Nollendorferplatz
9 1/2 Uhr: Hans Nockebain.
7 Uhr:
Sancta Sanctorum
Theater des Westens
4 Uhr: Händel und Grell.
7 1/2 Uhr: Der verliebte Herzog
mit Guido Thielscher

URANIA
4 Uhr (halbe Preise):
Das Oberengadla und
der Spiegel.
8 Uhr:
Dir. Franz Goerke:
Jerusalem.

Palast
Tägl. 7 1/2, Sonntag 9 1/2 u. 7 1/2
W. Hartstein
in seiner Posa:
„Er oder Er“
und das übrige, vollständig
neue Januar-Programm.

Voigt-Theater.
Sadstr. 55. Sadstr. 56
Täglich 7 1/2, 9 Uhr:
Pieper und Sperling.
Sonntag, den 13. I. 18:
Radn. 8 Uhr: Redige Mütter.
Abends 7 1/2 u. 9 Uhr: Pieper u. Sperling.

Casino-Theater
Göpenicker Str. 37. Tägl. 7 1/2 u. 9 1/2
Für neue musikalische Schläger:
Sanserrichte.
Berliner Welle in 3 Akten.
Vorher das neue Nambor-Drug.
Elliot, Barrow, Prinz, 2 Ewos.
Sonnt. 4 u. 11: Die Friedensstunde.

Schwarzer Kater
Friedrichstr. 166.
Ecke Behrenstraße.
Claire Waldoff
Milda Breiten
Werner Goldmann
u. das hervorragende
Januar-Programm.

Reichshallen-Theater.
Abendtäglich 7 1/2, und Sonntag
nachmittags 3 Uhr
Stettiner Sänger.
„Mein Weib-
nachstramm“.
Nachmittags
ermäßigte
Preise!

Büsch
Sonntag, 12. Jan. 7 1/2 u. 9 1/2
Wiederauftritt
Frl. Marika Monke,
Schulreiterin,
auf ihrem Vollblüter
„Goldener“.
Auch am die übrigen Glanz-
nummern.
Zum Schluß:
„Mondfahrt“.
Stg. 3/4, ungekürzt: Mondfahrt

Apollo
Friedrichstr. 218. 7 1/2
12 Attraktionen
Auch d. Stimmungsb.
Seemannsleben.
Theaterkasse ab 10 U.
ununterbrochen geöffnet

Trianon-Theater
Georgenstr., Uhl. Friedhofstr.
Tel.: Zentrum 4927 und 2391.
7 1/2 u. 9 Uhr: Der 1/2 u. 9 Uhr
Lebensschüler.
Komödie von Ludwig Fulda.
Ida Wüst, Erich Kaiser-Tiss,
v. Möllendorff, Mart. Kettner.
Stg. 3/4, kl. Pr.: Hedda Gabler.

Rose-Theater.
3 1/2, 7 1/2, 9 1/2: Aschenbrödel.
7 1/2, 9 1/2: Der Weiratskandidat.
Walhalla-Theater.
7 1/2, 9 1/2: Am goldenen Horn.

Kirkus Krone
Viktoria-Theater
(früher Sansone)
Kottbusser Str. 8.
Kochhaus Kottbusser Tor.
Tel. Moritzplatz 14314.
Gut geheilt, Rausch gest.
11 Tiger, 10 Elefanten,
10 Löwen.
Pferde usw. v. alle Arten.
Tägl. 7 1/2, 9 Uhr.
Mittw. Sonntag, 9 1/2, 7 1/2, 9 Uhr.
Nachm. halbe Preise für
Kinder und Soldaten.

Möbel jeder Art
Ist die ganze Nacht
laut klingelnd Froch.
Preisliste. Steinmetzstr. 4.

Admiralspalast
7 1/2, 9 1/2:
Deutsche Tänze
von Schubert.
Abrakadabra.

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 123 (Oranienb. T.).
Für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden
Ehrlich-Maria-Kur (Dauer 100 T.).
Blutuntersuchung, schnelle, sichere
schmerzlose Heilung eines Berufs-
störung. Tel. 1234. 10-12
Sprechstunden: 11-1 u. 5-8.

Jeder
sein eigener Schuhmacher!
Anfällige Heilung von 50 Pf.
Nagel, Wund, empf. 45-60
Zahl. Connor, Danburg
abgibt.

Piano
ab 1000 Pf. bis 6000 Pf.
Schulzimmer, 20 Pf.
bis 1000 Pf. Salonzimmer, 40 Pf.
bis 1000 Pf. Möbel für alle Fälle.
Göpenicker Str. 68.

Eröffnung
des
Residenz-Casinos
Blumenstr. 10, neben dem Residenz-Theater,
Sonntag, den 6. Januar, abds. 8 Uhr.
Direktion H. Sautz — Artistische Leitung Mayovsky.
Erstklassiges Kabarett mit vorzüglichen
Künstlern. — Jeden Sonntag Vorstellungen 4 und 8 Uhr.
Kasseneröffnung täglich 11-4 Uhr u. 8 Uhr abends.
Ab 16. Januar Operetten-Gastspiel. — Für Spielplan u. Spielplan
wird bestens gesorgt.
1917.
Preise der Plätze: Terrasse M. 2.50, I. Parkett M. 1.50,
II. Parkett M. 1.—, Entree 75 Pf.